



WIR



ARBEITEN



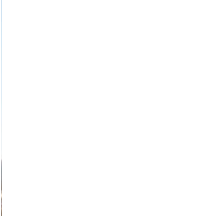
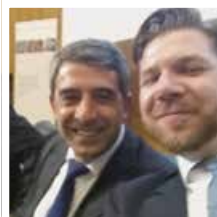
FÜR DIE



FREIHEIT



JAHRESBERICHT
2014





Steffen Saebisch, seit 1. Oktober 2014 Hauptgeschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

wie Sie auf den kommenden 95 Seiten ansehen können, stehen Sie, der freie, emanzipierte und selbstbewusste Staatsbürger mit seinem Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, im Mittelpunkt unserer täglichen Arbeit in Deutschland und der ganzen Welt.

Wir als liberale Stiftung stehen nun seit mehr als 57 Jahren an Ihrer Seite, um die persönliche Lebensgestaltung der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, die unternehmerische Freiheit zu sichern und unsere Gesellschaft offener und toleranter zu machen.

Eine Demokratie braucht Demokraten genauso wie die Freiheit Freiheitskämpfer, um vor ihren Verächtern geschützt zu werden.

In diesem Jahr 2014 haben wir an die Lehren der deutschen Geschichte erinnert und uns unserer Verantwortung versichert. Unsere Stiftung ist auch eine Konsequenz aus der Erkenntnis, dass Freiheit und Demokratie jeden Tag neu verteidigt werden müssen und die Aufklärung über den Wert von Freiheit und Demokratie die wirksamste Form des Werbens für die freie, demokratische und tolerante Gesellschaft ist.

Wir möchten Sie ermuntern, sich mit uns gemeinsam weiter für ein weltoffenes, freies und tolerantes Deutschland einzusetzen und diese Werte auch in andere Teile der Welt zu exportieren. Bitte nutzen Sie unsere vielfältigen Angebote an 10 Standorten in Deutschland und mehr als 60 Ländern der Welt sowie im Internet auf freiheit.org.

Der Jahresbericht 2014 gibt Ihnen einen guten Überblick über unsere Projektarbeit und unser Angebotsspektrum. Willkommen bei der Stiftung für die Freiheit!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Steffen Saebisch
Hauptgeschäftsführer
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Inhalt

FREIHEIT IST...

BÜRGERRECHTE SICHERN

Interview: Kampf gegen die Aushöhlung	6
Debatten für die Freiheit	8
Einsatz für Religionsfreiheit	10
Neues von der Virtuellen Akademie	12
E-Estland: Eine Erfolgsgeschichte	14

FREIHEIT IST...

BILDUNGSSCHANCEN NUTZEN

Bildungsarbeit als Service	18
Stipendiaten sind Querdenker	20
Politische Bildung für Syriens Zukunft	22
Bismarck aus liberaler Sicht	24

FREIHEIT IST...

FREIE DEBATTE ERMÖGLICHEN

Hitzige Debatten zwischen Hongkong und China	28
Mauern überwinden	30
Interview: Geschichte als Prozess	32
Zehn Jahre EU-Osterweiterung	34

FREIHEIT IST...

MARKTWIRTSCHAFT WEITER DENKEN

US-Hühner oder Freiheit auf dem Markt?	38
US-Fracking revolutioniert die Weltwirtschaft	40
Freiheitliche Ideen mit Leidenschaft verteidigen	42
Markt, Mittelstand und Moral	44

FREIHEIT IST...

MENSCHENRECHTE SCHÜTZEN

Einander achten	48
Freiheitspreis für Helen Zille	50
Die Arbeit der Menschenrechtskommission in Pakistan	52
Lateinamerika: Kreativ gegen Verbrecher	54

FREIHEIT IST...

NEUE WEGE BAHNEN

Erfolgsgeschichte: „Praja“ = Bürger!	58
Freiheit zum Klingen bringen	60
Erasmus als Comic-Held	62
Ein Stiftungsstipendium bedeutet Entfaltungsfreiheit	64
Junge liberale Griechen erarbeiten Reformvorschläge	66

FREIHEIT IST...

OFFEN DISKUTIEREN

30 Jahre Stiftungsengagement im Nahen Osten	70
Fragen zur Freiheit	72
Liberale Perspektiven	74

FREIHEIT IST...

VERANTWORTUNG ZEIGEN

Interview: Mit Eigentumsrechten gegen Armut	78
Klima ist ein Thema!	80
Fortschritt und „Lebenschancen“	82

FREIHEIT IST...

TRANSPARENTE STRUKTUREN

Für die Renaissance des politischen Liberalismus	86
Bericht des Kuratoriums	87
Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen	88
Die liberale Bilanz	90
Die Stiftung in Zahlen	94
Impressum	96

FREIHEIT IST...

BÜRGERRECHTE SICHERN





Francis Antonie, Leiter der Helen Suzman Foundation

DIE HELEN SUZMAN FOUNDATION SETZT SICH FÜR DEN RECHTSSTAAT IN SÜDAFRIKA EIN – GEGEN KORRUPTION UND IN-TRANSPARENZ. IM INTERVIEW BERICHTET DEREN LEITER FRANCIS ANTONIE VON ERSTEN ERFOLGEN.

Kampf gegen die Aushöhlung

Herr Antonie, Sie sind Leiter der Helen Suzman Foundation, langjähriger Think-Tank-Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Wie sieht Ihre Arbeit mit der Stiftung konkret aus?

Wir arbeiten momentan, in enger Kooperation mit der Stiftung, an zwei außerordentlich spannenden Projekten von überragender Bedeutung für Südafrika.

Im ersten Projekt geht es um die „Hawks“ (Falken), die aktuelle Antikorruptionseinheit Südafrikas. Korruption ist in Südafrika weiterhin ein großes Problem. Um effektiv dagegen anzugehen, braucht es eine unabhängige Einheit zur Korruptionsbekämpfung. Seit 2008 setzt sich die Helen Suzman Foundation unermüdlich für eine solche Korruptionsbekämpfungseinheit ein. Damals traten wir als sachkundiger Dritter, ähnlich einem Nebenkläger, beim Verfahren gegen die Auflösung der vormaligen Antikorruptionseinheit auf. Die sogenannten „Scorpions“ (Skorpione) arbeiteten überwiegend unabhängig und waren nach Ansicht einiger Entscheidungsträger vielleicht ein wenig zu erfolgreich. Deshalb wurden sie durch die

neuen „Hawks“ ersetzt. Das Verfassungsgericht jedoch befand das Gesetz, das die Grundlage dafür legte, für verfassungswidrig, weil es die strukturelle und operative Unabhängigkeit der Hawks nicht gewährleiste.

Daraufhin wurde das Parlament beauftragt, sich erneut mit dem Thema zu beschäftigen. Der neue Gesetzentwurf machte die Hawks aber keinesfalls unabhängiger. Also sind wir als Stiftung wieder vor Gericht gezogen – diesmal als Hauptkläger vor der höchsten Instanz der Provinz Westkap. Wir bekamen abermals Recht, und um das Westkap-Urteil zu bestätigen, war es notwendig, wieder das Verfassungsgericht in Johannesburg anzurufen. Am 27. November 2014 wurde schließlich das Urteil gefällt. Das Gericht stimmte der Auffassung zu, dass auch das neue Gesetz die Unabhängigkeit der Hawks nicht hinreichend sichert. Diese Entscheidung des Verfassungsgerichtes ist nicht nur ein Signal, sondern ein echter Meilenstein im Kampf gegen die Korruption in Südafrika. Die Mühlen des Rechtsstaates mahlen langsam, aber am Ende hat es sich gelohnt, dran zu bleiben!

Das zweite Thema, um das wir uns kümmern, ist die fehlende Unabhängigkeit der südafrikanischen Justiz. Seit längerem bestehen Bedenken über die undurchsichtigen und zum Teil nicht nachvollziehbaren Auswahlprozesse von Richtern durch die Judicial Service Commission (JSC). Da die Verfassung in diesem Punkt nicht klar genug formuliert ist, zog die Helen Suzman Foundation vor Gericht, um die Rechtmäßigkeit der aktuellen Nominierungsverfahren und Entscheidungsprozesse der JSC klären zu lassen. Die südafrikanischen Bürger sollten absolutes Vertrauen in ihre Richter haben können.

„VOR DEM GESETZ MÜSSEN AUCH IN SÜDAFRIKA ALLE GLEICH SEIN.“

FRANCIS ANTONIE

Was bedeutet die Arbeit der Stiftung für Südafrika?

In beiden Fällen steht nicht weniger als die Rechtsstaatlichkeit in Südafrika auf dem Spiel.

Bei den Hawks geht es zusätzlich um den Schutz verfassungsmäßiger Rechte, die durch Korruption sowohl in der Regierung als auch in der Zivilgesellschaft ausgehöhlt werden könnten. Grundsätzlich gilt es sicherzustellen, dass jeder, der ein Verbrechen begangen hat – ob Parlamentarier, Minister, Richter oder einfacher Bürger – zur Rechenschaft gezogen wird. Vor dem Gesetz müssen auch in Südafrika alle gleich sein.

Bei der Richterauswahl steht vor allem die Gewaltenteilung im Mittelpunkt. Die Unabhängigkeit einer kompetenten Justiz ist ja ein Grundstein jeder funktionierenden konstitutionellen Demokratie. Auch in diesem Fall ist das Prinzip der grundsätzlichen Gleichheit vor dem Gesetz bestimmend.

Zusammen mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit kämpfen wir gegen die Aushöhlung unserer wichtigsten konstitutionellen Institutionen, ohne diese sehe ich keine Zukunft für unser Land.





Lesung mit Ben Becker

Debatten für die Freiheit

FREIHEIT IN VIELEN FACETTEN ZEIGEN DIE VERANSTALTUNGEN DER REGIONALBÜROS BERLIN-BRANDENBURG, STUTTGART UND WIESBADEN.

Die digitale Krake lässt grüßen

Ben Becker liest langsam und mit nachdenklicher Stimme. Mit einem Zitat aus dem George-Orwell-Roman „1984“ schließt der Schauspieler seinen Vortrag im Kino „Babylon“ in Berlin-Mitte.

Die Blätter, von denen er abliest, liegen auf einem wackeligen Notenständer, er selbst findet immer noch keine bequeme Haltung auf dem Barhocker. Alles wirkt ein wenig improvisiert bei dieser Veranstaltung über Stalking, zu der das Regionalbüro Berlin-Brandenburg im März einlud. Auch nach der zweistündigen Podiumsdiskussion lauscht das Publikum gebannt, wirkt die 1949 als Science-Fiction veröffentlichte Literatur heute doch unangenehm aktuell – als wäre Orwells Romanfigur Winston Smith zum Propheten einer beklemmenden Gegenwart mutiert.

Zuvor hatten die Diskutanten das Thema ausgeleuchtet: der Journalist Jan Fleischhauer, der stellvertretende FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki, Kommunikationsberater Hajo Schumacher und der Publizist und Unternehmer Roman Maria Koidl, dessen 2013 erschienenes Buch „WebAttack – Der Staat als Stalker“ keine Fiktion ist, sondern Bestandsaufnahme: Immer stärker, so sein Befund, leuchte der Staat seine Bürger aus. Der Übergriff beschränke sich längst nicht mehr auf staatliche Institutionen, ergänzen die Fachleute auf dem Podium – digitales Stalking sei im Gegenteil ein beliebtes Mittel insbesondere der Marktführer im Internetgeschäft, um ihre Kunden zu vermessen.

„Grüße! – aus dem Zeitalter der Uniformität, aus dem Zeitalter der Einsamkeit“, liest Ben Becker, „aus dem Zeitalter des Großen Bruders, aus dem Zeitalter des Doppeldenk – GrüBe!“ Damit sind die gut 200 Zuhörer entlassen. Das Licht erhellte den Saal. Sie kneifen nur kurz die Augen zusammen – und greifen rasch nach ihren Smartphones. Einzig Hajo Schumacher versenkt sein Mobiltelefon im Wasserglas.

HAMBACHER SYMPOSIUM

Die Entwicklungen in der Ukraine waren Anlass für ein Symposium, das aktueller und relevanter nicht hätte sein können: „Wie können Freiheit und Selbstbestimmung in Europa geschützt werden?“

Diese Fragestellung diskutierten auf dem traditionellen Hambacher Symposium im September 2014 die Völkerrechts- und Ostrechtsexperten Professor Dieter Dörr, Professor (em.) Otto Luchterhandt und Oberst a. D. Wolfgang Richter, gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Wolfgang Gerhardt.

Unter Moderation des Schirmherrn, Volker Wissing, ging es in der Diskussion der Experten mit dem Publikum vor allem um die Frage, welche Werthaltigkeit unsere Völkergemeinschaft hat und welche Bindungswirkung von unserem Völkerrecht ausgeht.

11. KARLSRUHER VERFASSUNGSDIALOG

Das Thema „Europa der Freiheit“ bildete den inhaltlichen Rahmen des 11. Karlsruher Verfassungsdialogs, den das Regionalbüro Stuttgart organisierte. Mit einer Analyse der „Menschen- und Bürgerrechte als Herausforderung für Europa“ eröffnete die frühere Bundesministerin Irmgard Schwaetzer die Konferenz. Im Anschluss wurden aktuelle Aspekte der Europäischen Integration beleuchtet. Der Vortrag „Arbeitsmigration und Armutsmigration“ von Professor Jan Bergmann, Vorsitzender des Europa-zentrums, erläuterte die rechtliche Situation der Personenfreizügigkeit in der EU, während Professor Dirk Wentzel über „Wettbewerb und Wachstum als Säulen einer europäischen Wirtschaftspolitik“ sprach. Im Referat zur „Bürgernähe, Transparenz und demokratischen Legitimation der EU“ bezeichnete der Europaparlamentarier Michael Theurer, FDP, die Europäische Union als „eine Chance zur Überwindung nationaler Egoismen“.

„DIE EUROPÄISCHE UNION IST EINE CHANCE ZUR ÜBERWINDUNG NATIONALER EGOISMEN.“

MICHAEL THEURER MdEP



Michael Theurer MdEP, für die FDP seit 2009 im Europäischen Parlament



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Prof. Ines Geipel, Werner Schlienke, Cornelia Holtmann und Prof. Dr. Andreas Rödder (v.l.n.r.)



Weltforum für Menschenrechte in Marrakesch



Einsatz für Religionsfreiheit

DIE VERQUICKUNG VON STAAT UND RELIGION IST IN DEN ARABISCH-ISLAMISCHEN LÄNDERN EHER DIE REGEL. DIE INTERNATIONALE KONFERENZ IN MAROKKO DISKUTIERT ÜBER „RELIGION UND FREIHEIT“.

Demokratische Entwicklung basiert unter anderem auf individueller Freiheit, gleichen Rechten für alle – und Gewissens- bzw. Religionsfreiheit.

Dieses sensible Thema haben Intellektuelle und Wissenschaftler im November 2014 zwei Tage lang in der Nationalbibliothek der marokkanischen Hauptstadt Rabat diskutiert. Auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und ihrer Partnerorganisation „Damir“ (Gewissen) wurden die rund 200 Zuhörer angeregt, darüber nachzudenken, wie der islamische Kulturraum sich für demokratische Strukturen öffnen kann. Die Darstellung

der historischen Entwicklung in Deutschland und das heutige Verhältnis von Kirche und Staat weckten dabei großes Interesse, da es sich in seinem kooperativen Charakter von der viel strikteren Handhabung in Frankreich deutlich unterscheidet. Der Laizismus in Frankreich ist im frankophonen Nordafrika am bekanntesten – und mit seinem historischen Nachhall eines revolutionären Antiklerikalismus wenig als Vorbild geeignet, um in der arabischen Welt für eine Trennung von Staat und Religion sowie für Gewissensfreiheit einzutreten.

Der Pfarrer Thorsten-Marco Kirschner ist Beauftragter für den Dialog mit politischen Jugendverbänden beim Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD). Er gab einen historischen Überblick über den Kulturkampf in Deutschland und beschrieb die rechtlichen Grundlagen der Trennung von Kirche und Staat. Die „unterstützende Neutralität“ des Staates und die vorgestellten Beispiele innerschulischen Religionsunterrichts beeindruckten das Publikum.

Auch liberale islamische Intellektuelle nahmen das Verhältnis von Religion und Freiheit in Nordafrika kritisch unter die Lupe.

Der marokkanische Publizist Ahmed Assid kritisierte, dass der Staat in islamisch geprägten Ländern die Rolle des religiösen Sittenwächters spiele. Seine Aufgabe sei aber vielmehr, das Individuum und seine Freiheiten zu schützen.

Ambivalente Verfassung der Tunesier spielt Radikalen in die Hände

Der tunesische Wissenschaftler Ali Mezghani zeigte die Ambivalenz auch der gefeierten neuen tunesischen Verfassung auf: Das Volk sei zwar „Quelle der Gesetzgebung“, aber nicht „der Souverän“. Zwar garantiere ein Verfassungsartikel die Gewissensfreiheit – und damit theoretisch auch die freie Wahl der Religion, aber gleichzeitig schränke ein anderer Verfassungsartikel diese wieder ein, indem er den Staat verpflichte, jeden Angriff auf „Heiliges“ zu verhindern. Damit sei die freie Wahl der Religion, die nach vorherrschenden Islaminterpretationen für Muslime ohnehin nicht gilt, de facto ausgeschlossen.

Fragen der Koranüberlieferung können entscheidend sein

Der marokkanische Islamwissenschaftler Rashid Benzine näherte sich mit den Methoden der historischen Anthropologie dem Koran und den Überlieferungen des Propheten Mohammed: Die Korantexte dürften nicht mit den rund 300 Jahre jüngeren Überlieferungen und Aussprüchen Mohammeds vermischt werden, da diese jeweils ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen entsprängen. Der spätere Gesamttext diene demnach dem Herrschaftsinteresse – und sei nicht als Gegenstand einer Auslegung geeignet, die staatliche und religiöse Interessen verquickt. Zum Beispiel erwähne der Urtext des Korans keine weltliche Strafe für den Abfall vom muslimischen Glauben.

Die am Ende der zweitägigen Konferenz verfassten Vorschläge zeigten die Notwendigkeit einer Trennung von Religion und Recht. Die Stiftung und „Damir“ präsentierten die Vorschläge einer größeren Öffentlichkeit beim Internationalen Menschenrechtsforum in Marrakesch Ende November 2014. Diese Veranstaltung erreichte in Marokko ein großes Medienecho. Damit gelang es der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, ein liberales Kernthema auch hier auf die Agenda zu setzen.



Konferenz „Religion und Freiheit“
am 17. und 18.11. 2014, Rabat

„DER STAAT MUSS DAS INDIVIDUUM UND SEINE FREIHEITEN SCHÜTZEN.“

AHMED ASSID





Neues von der Virtuellen Akademie

**UMFRAGE ZUR NETZPOLITIK:
WER BEDROHT DIE FREIHEIT ONLINE AM MEISTEN – DER STAAT
ODER DIE FREIE WIRTSCHAFT? DIE UMFRAGE DER VIRTUELLEN
AKADEMIE IM HERBST 2014 BRACHTE INTERESSANTE
ERGEBNISSE.**

Beim Schutz von persönlichen Daten etwa fürchten nur die Anhänger der FDP und der Piraten staatliche Eingriffe mehr als die von Unternehmen. Alle anderen sorgen sich mehr darum, wie Unternehmen ihre Daten weiterverwenden.

Die IT-Dozentin Maria-Christina Nimmerfroh von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg hat die breit angelegte Onlinebefragung zur Netzpolitik wissenschaftlich begleitet. Insgesamt haben deutschlandweit rund tausend Personen teilgenommen. Damit sind die Ergebnisse durchaus aussagekräftig.

Deutlich wurde auch: Liberales netzpolitisches Engagement und politische Bildung sind dringend nötig, denn selbst engagierte Bürger schenken dem Thema Privatsphäre im Netz viel zu wenig Beachtung. Das zeigen die zentralen Ergebnisse der Umfrage:

- Netzpolitische Debatten sind geprägt von Fachbegriffen, die nicht allen geläufig sind. Dadurch wirken sie allzu „technisch“ und erreichen, ungeachtet ihrer Relevanz gerade für die individuelle Freiheit, viele Bürger gar nicht. Während die meisten zwar wissen, was sich hinter den Begriffen „Cloud“ und „Vorratsdatenspeicherung“ verbirgt, können die Hälfte der Befragten Bezeichnungen wie „Störerhaftung“ oder „Crypto-Party“ nicht mit Bedeutung füllen.
- Etwa 40 Prozent der Befragten haben die millionenfache Verletzung ihre Bürgerrechte durch staatliche Geheimdienste wie die NSA nicht dazu bewogen, ihr Verhalten im Netz zu ändern, indem sie zum Beispiel den E-Mail-Anbieter wechseln.
- 70 Prozent sind der Ansicht, jeder sollte seine E-Mails verschlüsseln, aber 60 Prozent davon wissen nicht, wie das funktioniert.
- Die meisten sehen Bedarf an weiteren rechtlichen Regelungen im Internet: Datenschutz, Virenschutz und IT-Sicherheit gelten als größte Baustellen. Deregulieren wollen sie hingegen das Urheberrecht im Internet, da es eher die Interessen der Urheber vertrete.
- Über 60 Prozent meinen, dass IT-Kompetenzen in der Schule nicht ausreichend vermittelt werden.



Die Ergebnisse der Studie sind hier im Video zusammengefasst:
<https://vimeo.com/113511648>

Die vollständige Umfrage finden Sie hier:
bit.ly/Umfrage_Netzpolitik

Zum Erklärvideo:
bit.ly/video_buergerbeteiligung

„DIE DIGITALISIERUNG IST KEIN TECHNISCHES THEMA, SONDERN EINE ENTWICKLUNG VERGLEICHBAR MIT DER INDUSTRIALISIERUNG.“

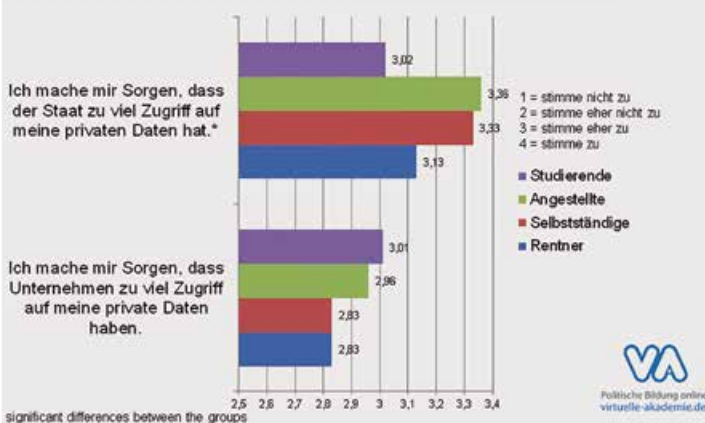
SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
 Bundesjustizministerin 1992–1996 und 2009–2013



Persönliche Daten I - Beschäftigung





Taavi Rõivas, Ministerpräsident der Republik Estland,
und Dr. Borek Severa, Projektleiter Baltikum

E-Estland: Eine Erfolgsgeschichte

ESTLAND IST DAS ERFOLGREICHSTE TRANSFORMATIONS LAND UNTER DEN EU-BEITRITTS LÄNDERN. EINER DER FAKTOREN FÜR DIESE SPITZENSTELLUNG HEISST E-GOVERNANCE.

Die liberale Regierung von Ministerpräsident Andrus Ansip hat rechtzeitig verstanden, durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken optimale Rahmenbedingungen zu schaffen – nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den gesamten öffentlichen Sektor. So konnte die Bürokratie auf ein Mindestmaß reduziert werden. Ansips junger Nachfolger Taavi Rõivas setzt seit seinem Amtsantritt vor gut einem Jahr diesen Weg konsequent fort. Das gemeinsame Wirken der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit der estnischen Reformpartei, die nun seit zwei Jahrzehnten erfolgreich zusammenarbeiten, ist hinsichtlich Stabilität und Nachhaltigkeit einmalig. Die estnischen Liberalen bilden ein wichtiges Bindeglied des politischen Dialogs. So werden „Best Practice“ im Rahmen des regionalen Netzwerks liberaler Parteien und Think-Tanks – 4Liberty.eu beispielgebend.

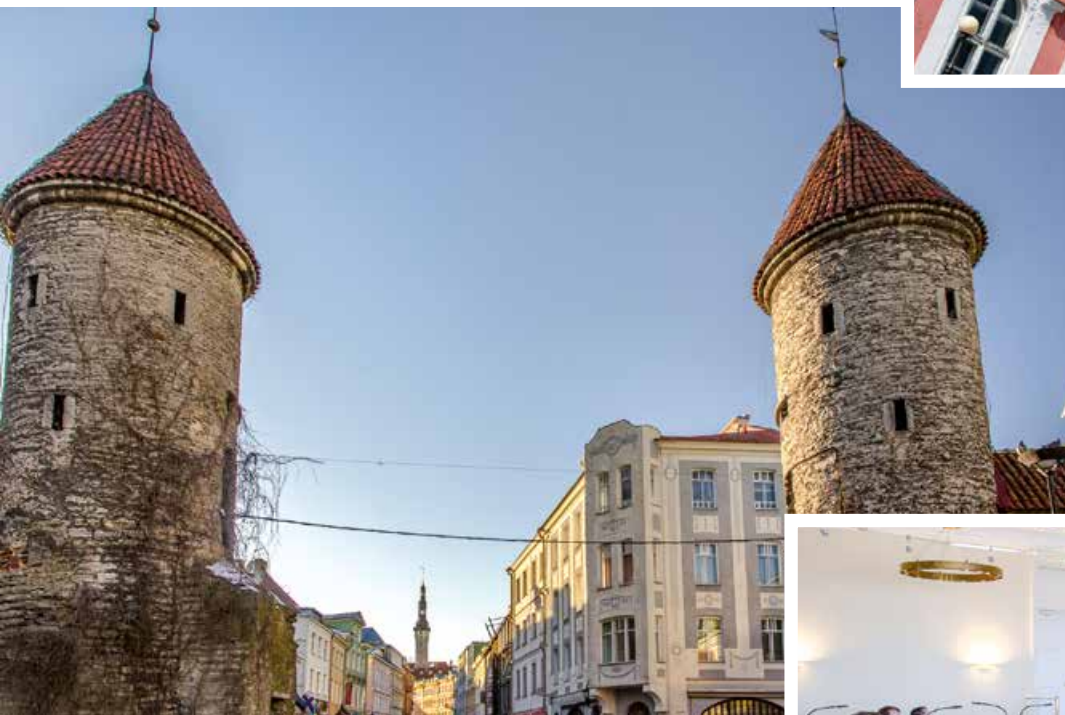
Die vereinfachte Kommunikation der Behörden untereinander und mit Unternehmen sowie Bürgern setzt Kapazitäten frei, die nun sinnvoller und effektiver genutzt werden können. Zum Beispiel dauert die Gründung eines Unternehmens in Estland in der Regel 15 Minuten. Nun gibt es jährlich im Schnitt fast neun Prozent Neugründungen mehr, während 70 Prozent weniger Unternehmen im Jahr pleite gingen – trotz der globalen Wirtschaftskrise 2009. Da verwundert es kaum, dass Estland auf dem weltweiten „Economic Freedom Index“ der Heritage Foundation auf Platz 13 gelistet wird.

Auch in der Justiz zeigt sich die gestiegene Effizienz der Verwaltungsabläufe durch E-Governance. Das Ziel der Regierung, die Dauer der Gerichtsverfahren auf maximal 100 Tage zu begrenzen, wird erreicht – vor allem durch die vollständige Digitalisierung des gesamten Aktenverkehrs zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichtsinstanzen. Vor allem bei Wirtschaftsverfahren und Bagatelldelikten tragen automatisierte elektronische Formulare und digitale Aktenführung dazu bei, den bürokratischen Aufwand auf ein Minimum zu beschränken. 36 Justizangestellte können dadurch jährlich bis zu 40.000 Fälle bearbeiten. Besonders die Sozialverwaltung, die in den meisten Ländern die öffentlichen Haushalte am meisten belastet, profitiert von den effektiveren digitalen Bearbeitungsprozessen – mit deutlichen Einspareffekten. Die Parlamentswahlen sind ebenfalls digital möglich. Bei der Europawahl 2014 haben fast ein Drittel der Esten von den neuen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Sie gaben ihre Stimme per Internet oder Kurznachricht mit Hilfe einer kostenlosen, personalisierten SIM-Karte im Mobiltelefon ab.

Europa sollte von Estland lernen und mehr Mut haben, den estnischen Weg Richtung E-Governance zu gehen. Es handelt sich um die Erfolgsstory einer gelungenen Partnerschaft zwischen einer zukunftsorientierten Regierungspolitik, einem proaktiven und hochmodernen IT-Sektor und einer technisch begeisterten Bevölkerung. Deren volles Vertrauen in ihre politischen Eliten scheint gerechtfertigt.

„EUROPA SOLLTE VON ESTLAND LERNEN UND MEHR MUT HABEN“

MANFRED RICHTER



Bezeichnenderweise ist die verbreitete Angst vor Big Data in Estland ebenso unüblich wie der mitunter übertriebene Datenschutz. Jeder Este hat einen Speicherausweis mit allen relevanten Daten zur Person und zur Sozialversicherung. Das vereinfacht die Identitätsprüfung bei der Polizei ebenso wie den Besuch beim Arzt oder einer Behörde – und senkt die staatlichen Kosten.



FREIHEIT IST...





BILDUNGSCHANCEN
NUTZEN



Bildungsarbeit als Service

**ARCHIV UND VIRTUELLE AKADEMIE UNTERSTÜTZEN
KITA-GRÜNDER, SCHULEN, WISSENSCHAFT UND POLITIK.**

Kita-Gründung – ein steiniger Weg

Heute sollte es eigentlich ganz einfach sein, eine Kindertagesstätte zu gründen: Die Liberalisierung der Kinderbetreuung hat den Weg frei gemacht für alternative Kita-Gründungen. Der Bedarf an Kita-Plätzen, auf die seit 2013 für alle Kinder ein juristischer Anspruch besteht, ist weiter hoch. Doch gibt es viele Hürden zu überwinden. Anders als in den Aufbaujahren 2010 bis 2012 ist es schwerer, an Geld für Investitionen zu kommen. Dabei ist die Kita-Situation – vor allem in den Großstädten – nach wie vor angespannt: In Westdeutschland mangelt es an Plätzen, in Ostdeutschland an Erzieherinnen.

Das spüren die Eltern und engagieren sich in Elterninitiativen, um Kitas in freier Trägerschaft zu gründen. Erzieherinnen und Erzieher nutzen die Situation, um im Rahmen eigener Kita-Gründungen ihre pädagogischen Vorstellungen zu realisieren. Doch der Weg bis zur freien Kita kann steinig sein, engagierte Eltern und Kita-Erzieherinnen und Erzieher können sich leicht im Dschungel der Bürokratie verirren.

„EXZELLENTHE BILDUNG UND AUSBILDUNG FÄNGT BEI DEN KINDERN AN UND SOMIT AUCH BEI DEN FAMILIEN.“

WOLFGANG GERHARDT

Kita-Gründung ist Sache der Länder beziehungsweise Kommunen, das heißt es existieren 16 und weitere 402 unterschiedliche Vorgabensammlungen. Dadurch gibt es auch nicht den einen richtigen Weg, aber einige für jede Kita-Gründung wichtige Punkte. Ein eigenes Online-Seminar der Virtuellen Akademie im Oktober 2014 hat sie zusammengestellt:

Checkliste zur Gründung einer Kita in freier Trägerschaft:

- Idee konkretisieren
- Regionalen Bedarf klären
- Gründungsinformationen sammeln
- Pädagogische Konzeption entscheiden und abfassen
- Form der Trägerschaft festlegen
- Finanzierung, Personal und Räume planen
- Behördliche Genehmigungen einholen
- Versicherungsschutz klären



Lesen Sie hierzu auch unseren Leitfaden zur Kindergartengründung
bit.ly/Kita_Leitfaden

DAS ARCHIV MACHT SCHULE

Das Archiv des Liberalismus ist nicht nur das Gedächtnis des Liberalismus, sondern auch ein Ort der politischen Bildung. Im Jahr 2014 hat es seine Kooperationen mit der Gesamtschule Marienheide und der Gemeinschaftsgrundschule in Gummersbach-Niederseßmar ausgebaut. Im Rahmen der Bildungspartnerschaften zwischen Archiven und Schulen, die vom Schulministerium des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert werden, ist das Archiv des Liberalismus bisher die einzige archivfachliche Einrichtung im Oberbergischen Kreis, die eine Kooperation dieser Art betreibt.

Der Schuldirektor Wolfgang Krug aus Marienheide und die Grundschulrektorin Doris Schmitz aus der benachbarten Grundschule Niederseßmar haben im November 2014 die bisher bereits fruchtbare und vertrauensvolle Zusammenarbeit auch für die kommenden Jahre schriftlich fixiert.

Am 30. Januar 2014 – dem 81. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme – besuchten etwa siebenzig Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler aus Marienheide das Archiv, um das Verhalten der Liberalen zu Beginn des Jahres 1933 anhand von Originaldokumenten aus den Beständen des Archivs kritisch zu analysieren. Die Diskussion verlief engagiert – insbesondere mit Blick auf die Zustimmung des späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss zum sogenannten Ermächtigungsgesetz im März 1933. Dabei wurde berücksichtigt, dass Heuss vor und nach der Abstimmung im Reichstag als kritischer Kommentator des Nationalsozialismus hervorgetreten war und seine Entscheidung zeitlebens bereute.



Die Viertklässler der Grundschule in Niederseßmar, die im Dezember bereits zum fünften Mal in das Archiv des Liberalismus und in die Theodor-Heuss-Akademie kamen, genossen das Vorlesen und Adventsliedersingen. Vor den glänzenden Augen der Vorschulkinder aus der benachbarten Kindertagesstätte führten sie unter anderem ein Rollenspiel auf, bei dem das Rentier Rudolph vor dem Kamin in der Halle der Akademie Station machte. Für 2015 ist im Rahmen des „Welttag des Buches“ ein weiterer Besuch der beiden vierten Klassen im Archiv geplant.

Stipendiaten sind Querdenker



„ARBEITSKREIS
BILDUNG“
BENEFIZKONZERT

Anna Christina
Köbrich,
Grundförderung
seit 2013,
Klavier, Hamburg

„ENGAGIERTE
DEBATTEN, BEI
DENEN DER SPASS
NICHT ZU KURZ
KOMMT.“

In der Stiftung begegne ich überall kreativen, mutigen und selbstkritischen Personen, die mich zum Denken anregen. Als Koordinatorin des „Arbeitskreises Bildung“ sammle ich Interessen und Ideen meiner Mitstipendiaten, um daraus neue Konzepte zu entwickeln, die das Phänomen Bildung in seiner ganzen Bandbreite beleuchten. Dass die Begabtenförderung uns als Koordinatoren die Gestaltung der Arbeitskreise selbst in die Hand gibt, ist für mich ein großer Vertrauensbeweis, der mich zusätzlich motiviert. Im April 2013 entstand die Idee, ein Benefizkonzert für den Solidaritätsfonds, der Stipendiaten in Not hilft, zu veranstalten. Der hohe Stellenwert der Musik hat mich von Beginn meines Stipendiatenlebens an gefreut – in Zukunft möchte ich unbedingt weitere Konzertprogramme, am liebsten im Zeichen eines interkulturellen Austausches, verwirklichen und damit Gutes bewirken.



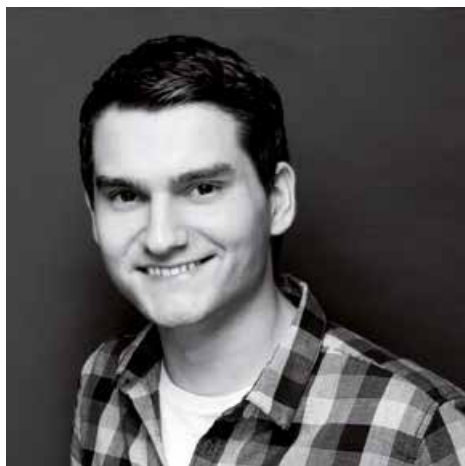
„DURCH INTERDISZIPLINÄREN
AUSTAUSCH KÖNNEN WIR EINBLICK
IN ANDERE FORSCHUNGSFELDER
GEWINNEN UND WERDEN AUF NEUE
PERSPEKTIVEN AUFMERKSAM.“

STIPENDIUM
PREISE



Katarzyna Plucinska, Promotionsförderung seit 2014,
Slawistik, Bamberg, Preisträgerin des Universitätspreises
„PUSH“ für besondere Leistungen der Universität
Bamberg im Jahr 2014

Ich habe mich für die Stiftung entschieden, weil für mich Freiheit ein fundamentaler Wert ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass man den Freigeist in die Welt setzen muss, sodass er den Alltag beeinflusst. Mit Hilfe der Stiftung habe ich die Möglichkeit, mich für Themen zu engagieren, die mir besonders am Herzen liegen. Da ich nicht nur eine Sprachwissenschaftlerin und Ausländerin bin, sondern mich für Integration und Migration interessiere, habe ich die einzigartige Chance, einen Blick über meinen eigenen Teller- rand zu werfen und schätzenswerte Menschen kennenzulernen.



„ARBEITSKREIS DEMOKRATIE“
INLANDSAKADEMIE



Lukas Lassak, Grundförderung seit 2012,
Chemie, Paderborn

„ALS KOORDINATOR KANN ICH
ERFAHRUNGEN IN KOMMUNIKATION
UND ORGANISATION SAMMELN.“

Den „Arbeitskreis Demokratie“ habe ich als eine Plattform des kontrast- und facettenreichen Austausches über zentrale gesellschaftliche Streitfragen kennengelernt. Besonders attraktiv ist die unverkrampte Form engagierter Debatten, bei denen der Spaß nie zu kurz kommt. Als Koordinator kann ich Erfahrungen in Kommunikation und Organisation sammeln und mich intensiver mit gesellschaftlich relevanten Themen wie digitaler Überwachung oder partizipativer Demokratie auseinandersetzen. Dabei ist mir besonders wichtig, Menschen unabhängig von ihrer politischen Einstellung anzusprechen und das Wirken des Arbeitskreises über die Stiftungsgrenzen hinaus bekanntzumachen.

Zum Thema Verantwortung in Forschung und Umwelt führte ich 2014 Stipendiaten in sieben Tagen durch fünf Städte der Republik. Wir besichtigten Forschungseinrichtungen und hörten Fachvorträge mit renommierten Wissenschaftlern. Die Inlandsakademie ist für mich der wertvollste Bestandteil im Veranstaltungsangebot, denn hier gewinne ich nicht nur tiefere Einblicke in wichtige inhaltliche Fragen, sondern kann auch Organisationserfahrungen machen. So habe ich schon eine gehörige Portion Gelassenheit entwickelt.

„ES MACHT MIR GROSSE FREUDE,
BEI DER STIPENDIATISCHEN SELBSTORGANISATION
MITZUWIRKEN.“



i-PROM
DOKTORANDENAKADEMIE
STIPENDIUM

Michael Haneke-Reinders,
Promotionsförderung
seit 2013,
Biologie, Bielefeld



Das Stipendium bietet mir die Chance, frei von finanziellen Sorgen in einer exzellenten Arbeitsgruppe zu promovieren, in der ursprünglich keine Promotionsstelle zu vergeben war. Mit Hilfe der Stiftung befinde ich mich in einem Kreis motivierter Stipendiaten, mit denen ich das Seminarprogramm mitgestalten kann: So baue ich meine Fähigkeiten bei der Veranstaltungsorganisation und Seminarleitung aus. Diese Form der ideellen Förderung ist gerade für den späteren Berufsweg und etwaige Führungspositionen sehr wertvoll. Ich habe das Amt des i-Prom-Koordinators übernommen, und es macht mir große Freude, bei der stipendiatischen Selbstorganisation mitzuwirken und damit der Stiftung etwas zurückzugeben. Als Koordinator bin ich Ansprechpartner für alle Promotionsstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung, aber auch für alle Stipendiaten der Grundförderung, die eine Promotion erwägen. Die Vernetzung während der Einführungsveranstaltung für Neustipendiaten erscheint mir für beide Seiten sehr hilfreich.

Das Herzstück der i-Prom ist unsere Doktorandenakademie. Durch den interdisziplinären Austausch gewinnen die Teilnehmer Einblicke in andere Forschungsfelder und werden auf neue Perspektiven aufmerksam, die für ihre jeweiligen Forschungsvorhaben fruchtbar sein können. Und das von der i-Prom organisierte Seminar „Die Promotion heute“ gibt Studierenden der Grundförderung die Gelegenheit, mit Promovierenden und bereits promovierten Referenten offen über Chancen und Risiken einer Promotion zu sprechen.



Politische Bildung für Syriens Zukunft

DER BÜRGERKRIEG IN SYRIEN VERTREIBT MILLIONEN MENSCHEN. DIE STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT HILFT MIT DEMOKRATISCHER BASISBILDUNG.

Die Hälfte der Syrer haben ihre Heimat verlassen, um innerhalb oder außerhalb ihres Landes Schutz vor dem Bürgerkrieg zu suchen. Das sind über elf Millionen Flüchtlinge.

Nach Deutschland sind bisher rund 60.000 von ihnen gelangt – eine überschaubare Zahl im Vergleich zu Jordanien, das mit seinen gut sechs Millionen Einwohnern eine Million syrischer Flüchtlinge aufnimmt. Im Libanon entspricht ihre Zahl mit anderthalb Millionen mehr als einem Viertel der libanesischen Bevölkerung. Das übersteigt die Kapazitäten dieser Länder bei weitem. Nur zehn Prozent der nach Jordanien geflohenen Menschen sind in Lagern untergebracht, alle anderen leben

hier – wie auch im Libanon – inmitten der angestammten Bevölkerung. Entsprechend groß sind die sozialen Verwerfungen, die Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Infrastruktur, gesellschaftliches Klima und innere Sicherheit. Die Kommunen können den erhöhten Bedarf an Dienstleistungen nicht erfüllen, Syrer arbeiten für geringeren Lohn als Einheimische, neue soziale Gruppen müssen integriert werden. Die Krankenhäuser sind mit bis zu 60 Prozent von syrischen Patienten belegt. Ängste vor Überfremdung und Konflikten sind die Folge. Es scheint wie ein Wunder, dass die Aufnahmeländer von heftigen Eruptionen bislang verschont blieben.

Mit politischer Bildung gegen soziale Verwerfungen

In dieser Situation ist nicht nur internationale humanitäre Hilfe nötig, sondern auch das Engagement der Stiftung für die Freiheit. Sie bietet politische Bildung, Dialog und Konfliktmanagement. Mit ihren Partnern vermittelt sie syrischen Flüchtlingen Basiskenntnisse von Marktwirtschaft und Demokratie, informiert über Grund- und Freiheitsrechte sowie die Notwendigkeit funktionierender rechtsstaatlicher Institutionen. Damit schafft sie eine Grundlage für den Wiederaufbau in Eigeninitiative, auf der etwas wie eine Zivilgesellschaft, sobald möglich, in Syrien nach dem Exodus aufbauen kann.

„MIT IHRER BILDUNGS-ARBEIT SCHAFFT DIE STIFTUNG EINE BASIS FÜR DEN WIEDERAUFBAU IN EIGENINITIATIVE.“

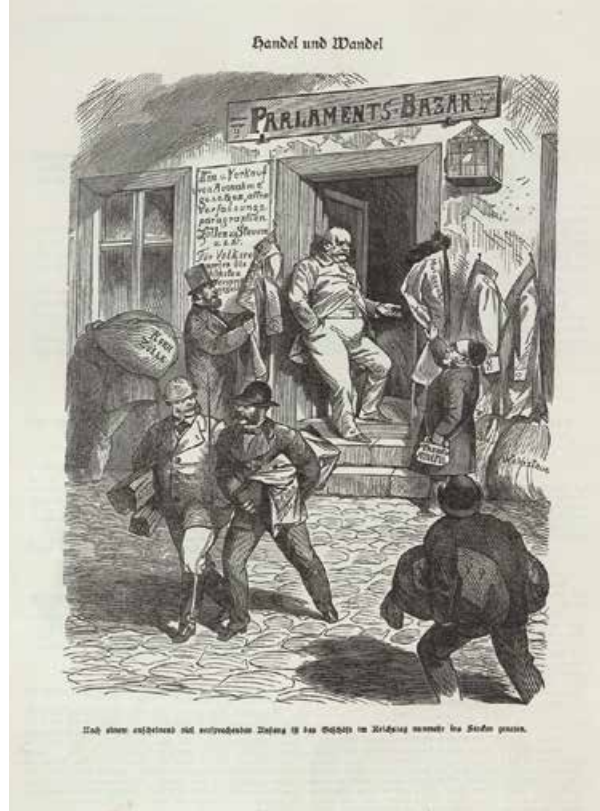
WOLF-DIETER ZUMPFORT



Dafür werden zum Beispiel gemischte libanesisch-syrische Gruppen von Frauen und von Jugendlichen in ihren libanesischen Aufnahmegemeinden in Techniken der Konfliktschlichtung geschult. So existieren dann bei späteren Spannungen zwischen Libanesen und Syrern in den Kommunen bereits Gesprächskontakte zu Vertrauenspersonen auf der jeweils „anderen Seite“ – das entschärft mögliche Konflikte.

Flüchtlingsbildung stabilisiert und bereitet Wiederaufbau vor

Bildung ist auch nötig, weil nur etwa die Hälfte der syrischen schulpflichtigen Kinder überhaupt einen Schulplatz finden, obwohl Schulen sogar im Schichtsystem arbeiten. Die Lehrer sind entsprechend stark belastet und häufig überfordert. In Gemeinden mit besonders vielen Flüchtlingen organisiert die Stiftung für die Freiheit deshalb einen Dialog zwischen allen Beteiligten, um mehr syrischen Kindern Unterricht zu ermöglichen. Andernfalls würde man tatenlos zusehen, wie eine verzweigte, verlorene Generation aufwächst, die dann um so anfälliger für die Verlockungen radikaler Prediger wäre. Gerade weil ein Ende von Gewalt und Instabilität in der Nachbarschaft von Jordanien und dem Libanon nicht absehbar ist, muss die Staatengemeinschaft einen künftigen politischen Neuanfang in Syrien unterstützen. Den syrischen Flüchtlingen im Exil kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. Mit ihren Aktivitäten unterstützt die Stiftung nicht nur den Diskurs über den Wiederaufbau des Landes, sondern leistet auch ihren Beitrag zur Stabilisierung in der Region.



**DAS ARCHIV DES LIBERALISMUS VERANSTALTETE EIN
HISTORIKER-KOLLOQUIUM ZUR BISMARCK-WAHRNEHMUNG
SEIT DEM 19. JAHRHUNDERT.**

Kaum eine Persönlichkeit hat die Liberalen so intensiv beschäftigt wie Otto von Bismarck (1815–1898) – im 19. Jahrhundert und darüber hinaus. Und kein anderer Politiker hat den deutschen Liberalismus so beeinflusst wie der erste Reichskanzler. Im April 2015 jährt sich der Geburtstag des „Eisernen Kanzlers“ zum 200. Mal – Anlass genug, das Verhältnis der Liberalen zu ihm erneut in den Blick zu nehmen. Ein Kolloquium im November stellte sich im Friedrichsruher Bismarck-Museum nahe Hamburg dem Thema.

Den Auftakt machte der Herausgeber des „Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung“, Joachim Scholtyseck. Er referierte den aktuellen Forschungsstand zur Bismarckzeit und forderte, stärker den zeitgenössischen europäischen Kontext zu berücksichtigen. So könnten Vorzüge und Nachteile der deutschen Entwicklung im ausgehenden 19. Jahrhundert nüchterner beurteilt werden.

Die liberalen Zeitgenossen schwankten zwischen Bewunderung und Ablehnung

Die Referenten Franz Lorenz Müller, Jürgen Frölich und Ulf Morgenstern legten dar, wie liberale oder als liberal geltende Zeitgenossen zu Bismarck standen: vom Kronprinzen und 99-Tage-Kaiser Friedrich III. über Friedrich Naumann bis zur Familie Schücking. Während sich der preußisch-deutsche Thronfolger (1831–1888), an den sich viele liberale Hoffnungen knüpften, bismarck-kritisch gab, unterwarf er sich doch in seinem politischen Agieren der Dominanz des Kanzlers. Friedrich Naumann (1860–1919) seinerseits schwankte zwischen Bewunderung in den 1890er Jahren und Kritik im nachfolgenden Jahrzehnt, ehe er im Ersten Weltkrieg eine „bismarcksche Politik“ favorisierte. In der Familie Schücking gehörte der Vater Levin (1814–1883) zu den Bismarck-Bewunderern, die drei in den 1870er Jahren geborenen Söhne gingen als Linksliberale hingegen auf Distanz zum Reichsgründer.

In den 1960er Jahren veränderte sich auch die Bismarck-Rezeption

Ähnlich uneinheitlich erscheint die liberale Historiographie. Der zunächst nationalliberale Friedrich Meinecke (1862–1954) schloss sich in Weimar dem Linksliberalismus an und unterschied in seinem Urteil zwischen der bismarckschen Innen- und Außenpolitik. Der Journalist und DDP-Politiker Erich Eyck (1878–1964) indes legte seine im britischen Exil verfasste Bismarck-Biographie als „Legendenzerstörung“ an – und provozierte damit später in der Bundesrepublik heftige Kontroversen. Die Bismarck-Rezeption in der Bundesrepublik thematisierte das letzte der drei Podien des Kolloquiums. Während Ines Soldwisch Theodor Heuss (1884–1963) als ein Bismarck wohlgesonnenes Beispiel heranzog, wählte Eckart Conze, ebenfalls ein Jahrbuch-Herausgeber, den 150. Geburtstag des Reichskanzlers 1965 als Bezugspunkt. Seit diesem Zeitpunkt überzog sowohl bei Historikern als auch in der breiteren Öffentlichkeit eine kritische Sicht auf Bismarcks politisches Werk.

Ein Vortrag von Lothar Gall, gewissermaßen der Nestor der bundesrepublikanischen Liberalismus- und Bismarck-Forschung, bildete den Schlusspunkt der Tagung. Gall untersuchte die Frage, ob mehr die Konfrontation oder die Kooperation überwogen habe, und antwortete eindeutig: Von einem politischen Miteinander der Liberalen mit Bismarck (und umgekehrt) war man in Bismarcks Regierungszeit zwischen 1862 und 1890 eher entfernt. Und so zeigt das Kolloquium insgesamt eine bezeichnende Ambivalenz der Liberalen zu Bismarck – sowohl für die zeitgenössischen als auch für die nachgeborenen. Das Gedenkjahr 2015 wird hier wohl noch manch weiteren Anlass zur Diskussion bieten – bereichert durch diese Vorträge, die man im „Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung“ nachlesen kann. Im Rahmen der Tagung wurde die Historikerin Inka Le-Huu für ihre Arbeit über die christlich-jüdischen Begegnungen im Hamburger Bürgertum mit dem Wolf-Erich-Kellner-Preis 2015 ausgezeichnet.

„SOWOHL BEI HISTORIKERN ALS AUCH IN DER LAIEN-ÖFFENTLICHKEIT ÜBERWIEGT EINE KRITISCHE SICHT AUF BISMARCKS POLITISCHES WERK.“

ECKART CONZE



Inka Le-Huu, Trägerin des Wolf-Erich-Kellner-Preises 2014
Links: Dr. Ulf Morgenstern, Otto-von-Bismarck-Stiftung



FREIHEIT IST...



A close-up, shallow depth-of-field photograph of a person with blonde hair raising their right hand. The person is wearing a dark blue t-shirt. The background is a blurred green, suggesting an outdoor setting. The text 'FREIE DEBATTE' and 'ERMÖGLICHEN' is overlaid in white, sans-serif capital letters on the right side of the image.

FREIE DEBATTE
ERMÖGLICHEN



Dr. Wolfgang Gerhardt besucht das Protestcamp.



Hitzige Debatten zwischen Hongkong und China

DIE ARBEIT DER STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT IN HONGKONG STAND IM ZEICHEN DER PROTESTE. BÜRGER GINGEN FÜR FREIHEITSRECHTE AUF DIE STRASSE.

Hochhäuser, die sich auf Inseln an hohe Berge pressen, umspült von der Brandung des Südchinesischen Meeres – die Weltstadt Hongkong blickt auf eine bewegte Geschichte zurück: von der britischen Kronkolonie zum Investitionstor des chinesischen Wirtschaftswachstums. Das von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit veröffentlichte „Freedom Barometer Asia“ listet Hongkong als Bastion der Wirtschaftsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit in der Region. 2014 stand dieser internationale Knotenpunkt in mehrfacher Hinsicht im liberalen Fokus. Außer den Protesten, die weltweit Aufmerksamkeit erregten, gab es im November in der Stadt eine Reihe liberaler Veranstaltungen – ein zufälliges Zusammentreffen?



Unter dem Motto „Wachstum unterstützen, Ungleichheiten reduzieren“ kamen Delegierte liberaler Think-Tanks und Ökonomen zur Konferenz des „Economic Freedom Network Asia“. Das Motto dieses Jahres bezog sich auf die Debatte um wirtschaftliche Ungleichheit und die Forderung nach mehr Umverteilung – befeuert von Thomas Pickettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“.

Armut ist das Hauptproblem, das Wirtschaftspolitik lösen muss – nicht Ungleichheit

Anders als der französische Ökonom sahen die Konferenzteilnehmer nicht Ungleichheit als Hauptproblem, sondern die Armut. Entscheidend sei Wirtschaftswachstum. In armen Ländern mit hohem Maß an Gleichheit kann es durchaus dazu führen, dass die Armut sinkt, während Ungleichheit wächst. Auch bei der Wahl der Mittel gehen liberale Denker auf Distanz zu Picketty: Wer Ungleichheit durch Umverteilung bekämpfe, gebe dem Staat zu viel Macht. Eine wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik hingegen schaffe Lebenschancen und ermögliche ein selbstbestimmtes Dasein in Würde. Gerade in Entwicklungsländern steht ein marktwirtschaftlicher Ansatz viel höher im Kurs als zum Beispiel die Umverteilung durch Besteuerung. Das belegt eine aktuelle Erhebung des Pew Research Institute.

Vor dem Hintergrund der Hongkonger Demonstrationen für Demokratie und Mitbestimmung äußerte sich neben dem Vorsitzenden des Hongkonger Lion-Rock-Instituts, Bill Stacey, auch Siegfried Herzog, Regionalbüroleiter der Stiftung für Südost- und Ostasien, über die Relevanz des Themas. „Es findet eine hitzige Debatte über politische und wirtschaftliche Freiheit zwischen Hongkong und China statt“, sagte Herzog. Doch dürfe man nicht außer Acht lassen, wie eng diese beiden Freiheiten verzahnt seien und einander bedingten: „Politische Freiheit und Teilhabe muss durch genau jene Werte und Institutionen gewährleistet werden, die auch das Fundament für Wohlstand und Wachstum bilden.“

Wo Menschen für Freiheit kämpfen, bleiben Liberale nicht teilnahmslos

Den Höhepunkt der Konferenz bildete wie jedes Jahr die Präsentation des „Economic Freedom of the World“-Index

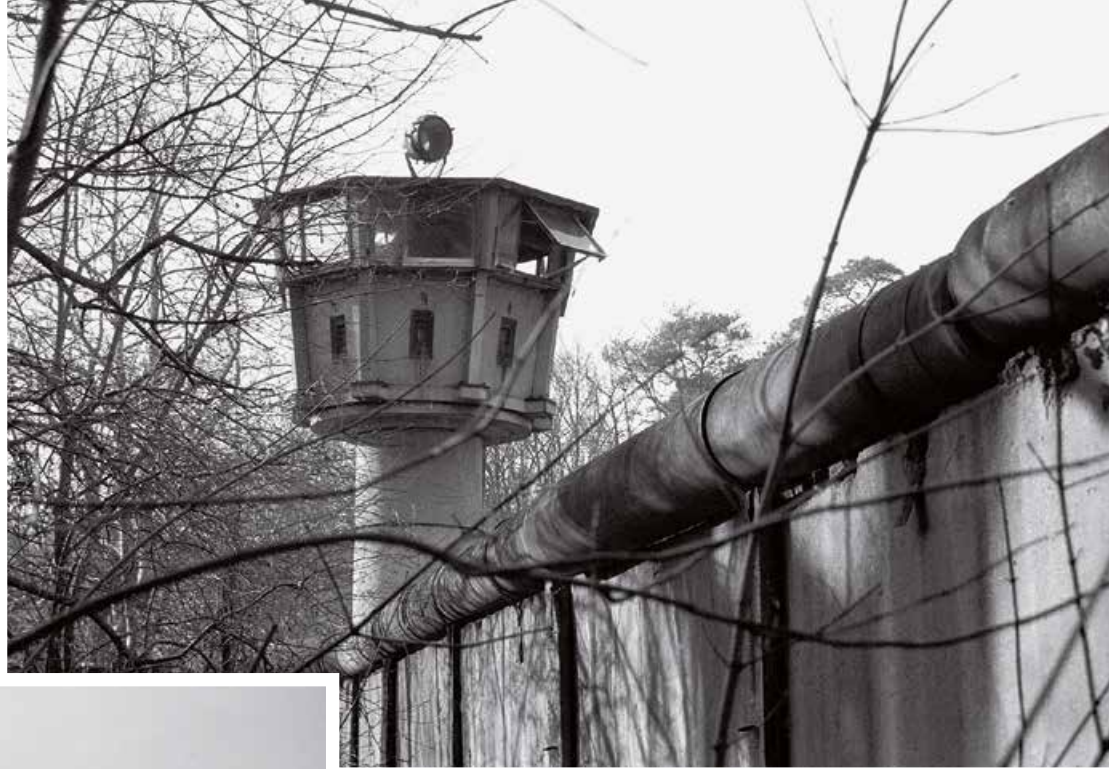
„DIE PROTESTBEWEGUNG HAT EIN STARKES SIGNAL AUSGESENDET, DASS HONGKONG SELBST ENTSCHEIDEN MÖCHTE, VON WEM ES REGIERT WIRD.“

WOLFGANG GERHARDT

durch den Leiter der Trade and Globalization Studies des Fraser Institute, Fred McMahon. Dieser Index untersucht den Ist-Stand wirtschaftlicher Freiheit in den Ländern. Die Friedrich-Naumann-Stiftung arbeitet an seiner Erstellung mit. Weil Liberale nicht teilnahmslos bleiben, wenn Menschen für Freiheit kämpfen, besuchten viele Konferenzteilnehmer die Protestcamps in Hongkong. Die Hongkonger Democratic Party und ihre streitbare Vorsitzende Emily Lau ermöglichten den Delegierten die Diskussion mit Abgeordneten des Hongkonger Legislativrats und dessen Vorsitzendem Jasper Tsang. Der Besuch der Camps durch den LI-Präsidenten Juli Minoves mit dem ehemaligen deutschen Menschenrechtsbeauftragten Markus Löning weckte das lokale Medieninteresse. Seit dem Besuch Alexander Graf Lambsdorffs im Vormonat, der als liberaler Vizepräsident des Europaparlaments kam, war es die einzige öffentliche Solidarisierung mit den Protestierenden.



Siehe auch www.freedombarometer.org



Mauern überwinden

EINE FOTOAUSSTELLUNG UND EIN SYMPOSIUM BESCHÄFTIGTEN SICH MIT DEM MAUERFALL, EINE ONLINE-KONFERENZ ZEIGTE WELTWEITE LIBERALE ERFOLGSGESCHICHTEN.

Bilder einer Grenzwunde

Zum 25. Jahrestag des Mauerfalls zeigte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Fotografien von Klaus Fahlbusch. Die bislang wenig bekannten Aufnahmen des Mauerstreifens zwischen Potsdam-Babelsberg und Berlin-Wannsee waren vom 17. November 2014 bis 17. Februar 2015 am Stiftungssitz in Potsdam zu sehen. Auf den Fotos, die in unmittelbarer Umgebung der Geschäftsstelle entstanden, sieht man Ansichten des Grenzgebiets, die der Potsdamer Fotograf kurz vor dem Abbau der Grenzanlagen noch im Frühjahr 1990 machen konnte.

Das damalige Grenzgebiet war nur für wenige Wochen betretbar. Eine einmalige Gelegenheit, denn schon im Sommer 1990 wurden die Grenzruinen entfernt.

Zur Eröffnung der Ausstellung las der Thüringer Autor Lutz Rathenow, seit 2011 Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasiunterlagen, aus Texten, die die Umbruchzeit erlebbar machten.

Es handelte sich um eine Kooperationsveranstaltung mit dem Brandenburgischen Verband Bildender Künstlerinnen & Künstler e.V., und der Eröffnungsabend geriet nach einem Bericht der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ „zu einem Nachbarschaftstreffen“. Unter den Gästen war neben etlichen ehemaligen Studenten der Filmhochschule auch Regisseur Andreas Dresen.

Die Bilder waren bis zum 17. Februar 2015 zu besichtigen.

Ausstellungseröffnung „25 Jahre Mauerfall“ in Potsdam



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

HEPPENHEIMER SYMPOSION ZUM MAUERFALL

„25 Jahre Mauerfall – Erinnerungen, Bilanz und Perspektiven“, lautete der diesjährige Titel des Heppenheimer Symposiums am 12. Dezember 2014, das an geschichtsträchtigem Ort im Kurmainzer Amtshof in Heppenheim tagte. Hier war 1948 Theodor Heuss zum ersten Vorsitzenden der frisch gegründeten FDP gewählt worden. Die Referenten berichteten aus ihrer jeweiligen durch Beruf bzw. Lebensgeschichte geprägten Perspektive über den Mauerfall: die ehemalige DDR-Leistungssportlerin und Schriftstellerin Professor Ines Geipel, der Historiker Professor Andreas Rödder und der stellvertretende Stiftungsvorsitzende und Wirtschaftswissenschaftler Professor Karl-Heinz Paqué.

„DER ABEND GERIET ZU EINEM NACHBARSCHAFTS- TREFFEN. MENSCHEN, DIE HIER LEBTEN ODER ARBEITETEN – AUF BEIDEN SEITEN – SUCHTEN ERINNERUNG.“

„POTSDAMER NEUESTE NACHRICHTEN“ VOM 19.9.2014

Wie es um die Deutsche Einheit bestellt und ob der Einigungsprozess abgeschlossen sei – und vor welchen Herausforderungen Deutschland nun stehe – das waren die Fragen, die diskutiert wurden. Einig war man darin, dass Einheit noch nicht auf allen Ebenen die Regel sei, weil die vielzitierte „Mauer in den Köpfen“ vieler Ost- wie Westdeutscher nicht vollständig gefallen ist. Und doch herrschte Einigkeit auch darüber, dass für die Zukunft Zuversicht überwiegt.

GUTE BEISPIELE FÜR POLITISCHES MANAGEMENT

Teilhabe, Mobilisierung, personelle Ressourcen, Fundraising, Kommunikation und Branding – aus diesen Bereichen trug die englischsprachige Online-Konferenz die besten Projekte und Ideen zusammen, die Liberale weltweit zu bieten haben. Im Oktober und November 2014 bot die Virtuelle Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit dafür das Forum.

Zum Beispiel präsentierte ein Teilnehmer, wie die European Liberal Youth LYMEC (Liberal and Radical Youth Movement of the European Community) Unterstützer mobilisierte – und wie sie ihre potenziellen Anhänger motivierte, zur Wahl zu gehen.

Die Konferenz zeigte auch, wie die niederländische D66 mit Tür-zu-Tür-Kampagnen und der Direktansprache von Wählern erfolgreich war: Der liberaldemokratischen Partei gelang innerhalb von acht Jahren ein sensationeller Stimmenzuwachs von 0,5 Prozent auf 15,5 Prozent, und damit wurde sie bei der Europawahl 2014 sogar stärkste Kraft.

Die Democratic Alliance in Südafrika präsentierte den Online-Teilnehmern ihr strategisches Marketing, und die Kampagne der NEOS aus Österreich wurde ausgiebig diskutiert.

Zwar sind nicht alle Konzepte direkt auf die Bundesrepublik übertragbar, aber die liberalen Erfolgsgeschichten anderer Länder können auch hier Ansporn und Anregung für politisch aktive Bürger sein.



Hier der Trailer der Konferenz:
http://bit.ly/video_bppm14



Dr. Irmgard Schwaetzer, Staatsministerin im Auswärtigen Amt 1987–1991

Geschichte als Prozess

**DIE HERAUSGEBERINNEN
IRMGARD SCHWAETZER
UND KERSTIN BRAUCKHOFF
IM GESPRÄCH ZUM NEUEN
SAMMELBAND ÜBER
HANS-DIETRICH GENSCHER**

Kerstin Brauckhoff: Frau Schwaetzer, wir haben im November 2014 gemeinsam einen Sammelband zur Außenpolitik Hans-Dietrich Genschers herausgegeben. Sie haben lange mit Genscher zusammengearbeitet. Welche Aspekte sind Ihnen bei der Zusammenstellung für das Buch besonders wichtig gewesen?

Irmgard Schwaetzer: Das sind drei Dinge. Zum einen das politische Ziel der Außenpolitik Hans-Dietrich Genschers. Das war die deutsche Einheit. Und dieses Ziel war untrennbar verbunden mit der europäischen Einigung. Denn nur in einem friedlichen, kooperativen Miteinander konnte die deutsche Einheit politisch und gesellschaftlich gelingen. Das war ihm immer bewusst, und er hat diese Strategie konsequent und umsichtig verfolgt. Zum anderen ist Genschers Außenpolitik charakterisiert durch seine Persönlichkeit und seine Arbeitsweise. Wenn er für sich selbst entschieden hatte, dass etwas richtig ist oder auch, wenn eine Entwicklung seiner Meinung nach in die falsche Richtung verlief, dann hat er seine Meinung auch gegen mitunter heftigen Widerspruch hartnäckig und manchmal auch listig verteidigt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Debatte um die Stationierung von Kurzstreckenraketen. Hier hat er beharrlich an seiner politischen Lösung gearbeitet und diese schließlich gegen Widerstände durchgesetzt.

„GENSCHER WOLLTE NICHT ÜBERREDEN, SONDERN ÜBERZEUGEN.“



Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler 1974 – 1992

Entscheidend war seine kommunikative Arbeitsweise. Hans-Dietrich Genscher legte immer viel Wert darauf, die Meinung anderer zu respektieren, und er setzte in seiner Argumentation auf den Verstand seiner Mitarbeiter, die er nicht überreden, sondern überzeugen wollte.

Kerstin Brauckhoff: Diese drei von Ihnen genannten Aspekte finden sich auch im Sammelband. Schon die Einleitung verweist darauf, dass die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Integration Genschers Ziel waren. Andreas Wirsching greift in seinem zusammenfassenden Beitrag dieses Thema auf: Das Ziel der deutschen Einheit ziehe sich wie ein roter Faden durch die Amtszeit Genschers. Und Genschers Persönlichkeit scheint nicht nur in den wissenschaftlichen Aufsätzen durch – vor allem in den Zeitzeugenberichten wird sie deutlich. In diesen kurzen Beiträgen wird die jüngere Ge-

schichte erlebbar, indem Weggefährten vom Menschen Genscher ebenso anschaulich wie vom Politiker und seinem Wirken erzählen.

Irmgard Schwaetzer: Ja, diese menschlichen Aspekte finden Sie in den Beiträgen von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Botschafter Wolfgang Ischinger. Und Richard Kiessler zeigt den vertrauensvollen Umgang von Genscher mit Journalisten, die davon profitierten, dass Genscher sie mit fundierten Nachrichten und Informationen versorgte. Auch dies ist ein typisches Merkmal für Genschers Politikstil. Und das macht den Sammelband aus: Die Mischung aus gut lesbaren wissenschaftlichen Aufsätzen und Zeitzeugenberichten. Der Sammelband entstand übrigens dank engagierter Autoren innerhalb nur weniger Monate, sodass er rechtzeitig zum 25-jährigen Jubiläum des Mauerfalls im November 2014 erschien.

Kerstin Brauckhoff: Gleiches gilt auch für die Präsentation des Sammelbandes. Fast dreihundert Gäste kamen, um eine engagierte Diskussion zwischen Hans-Dietrich Genscher, Klaus Kinkel und Wolfgang Ischinger zu erleben.

Irmgard Schwaetzer: Insgesamt, finde ich, ist das ein wertvoller Beitrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zum Jubiläum des Mauerfalls und zur Erinnerung an die Bedeutung liberaler deutscher Außenpolitik.



Alexander Graf Lambsdorff, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, im Interview



Dr. h. c. Rolf Berndt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied 1995–2014

Zehn Jahre EU-Osterweiterung

DAS BONNER SYMPOSIUM IM HERBST STAND UNTER DEM EINDRUCK DER UKRAINE-KRISE – UND ERWIES SICH AKTUELLER ALS DIE WELTPOLITIK ERLAUBT.

Ursprünglich war die Veranstaltung „Together We Are' – 10 Jahre EU-Osterweiterung. Rückblick, Bilanz und Perspektiven“ zum zehnjährigen Jubiläum der EU-Osterweiterung für das Frühjahr 2014 vorgesehen, aber die aktuellen politischen Entwicklungen in der Ukraine setzten andere Prioritäten: Die eingeladenen Teilnehmer wurden als „Krisenfeuerwehrmänner“ auf dem diplomatischen Parkett in Osteuropa gebraucht. Die FNF-Kooperationspartner – die EU-Kommission, das Generalkonsulat der Republik Polen und der Rundfunksender Deutsche Welle – hatten alle Hände voll zu tun, das Netz der internationalen Diplomatie zu knüpfen.

Im Herbst 2014 konnte es dann aber losgehen mit dem Symposium, das Bartosz Dudek, Leiter der polnischen Redaktion der Deutschen Welle, moderierte. „Die EU-Osterweiterung und europäische Außen- und Sicherheitspolitik“ lautete eines von zwei Experten-Panels – ein hochaktuelles Thema, denn die Veranstaltung in der EU-Regionalvertretung in Bonn stand unter dem Eindruck der Kämpfe in der Ukraine.

Die Veranstaltung zur EU-Osterweiterung erregte im Zuge der Ukraine-Krise auch überregionales Medieninteresse. Das damalige Vorstandsmitglied Rolf Berndt begleitete das Jubiläumssymposium intensiv: „Die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Partnern erlebt seit Jahren einen starken Aufwärtstrend.“

Zu den 130 Gästen zählten am 22. September dann u. a. Jan Sobczak, Generalkonsul der Republik Polen, Professor Artur Nowak-Far, Unterstaatssekretär im Außenministerium der Republik Polen, der Vizepräsident des EU-Parlaments Alexander Graf Lambsdorff und die nordrhein-westfälische Europaministerin Angelica Schwall-Düren (SPD). Die zweite Expertenrunde diskutierte mit den Teilnehmern über Bürgernähe in der Europäischen Union und die Auswirkungen der EU-Politik auf den Alltag der Bevölkerung.

„UNSERE VERFLECHTUNG MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS IST INZWISCHEN ENGER ALS MIT DEN USA. WIR HABEN UNGLAUBLICH VIEL HANDEL UND GEGENSEITIGEN AUSTAUSCH.“

ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF MdEP

Grußworte der Gäste veranschaulichen die Relevanz des Symposiums:

„Als Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn schätzen wir die Zusammenarbeit mit dem Regionalbüro NRW der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sehr. Hohe Professionalität und Verlässlichkeit macht es zu einem angenehmen Partner bei der Durchführung auch größerer Veranstaltungen. Durch seine hervorragende Vernetzung und ihre zahlreichen Kontakte trägt die Stiftung zu einem hohen inhaltlichen Niveau der Veranstaltungen bei. Wir bedanken uns bei dem Regionalbüro NRW für die bereichernde und freundschaftliche Kooperation bisher und freuen uns auf weitere gemeinsame Veranstaltungen.“

Stephan Koppelberg, Europäische Kommission, Leiter der Regionalvertretung in Bonn

„Das Regionalbüro NRW der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit spricht nicht nur von Werten wie Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmungsrecht, sondern verinnerlicht und lebt sie in ihrer täglichen Arbeit. All die Werte stellen die Gründungsgrundlage von Solidarność dar und sind daher jedem Polen so nah.“

Andrzej Dudziński, Vizekonsul, Generalkonsulat der Republik Polen in Köln

„Journalismus ist eine Lernwerkstätte der Demokratie. Deshalb finde ich es wichtig, dass sich das Regionalbüro NRW der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in fundierten und intelligent konzipierten Veranstaltungen auch immer wieder mit grundlegenden Fragen der Pressefreiheit und des Journalismus beschäftigt!“

Christian Mihr, Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen e.V. Deutschland

„Die Angebote des Regionalbüros NRW sind breit gefächert, die Veranstaltungen bestens vorbereitet, die Diskussionen auf verlässlich hohem Niveau. Ich bin immer gern zu Gast – um als Referent noch was zu lernen.“

Dieter Schnaas, Chefreporter der „Wirtschaftswoche“



Prof. Dr. Artur Nowak-Far, Unterstaatssekretär Außenministerium Polen



FREIHEIT IST...



MARKTWIRTSCHAFT
WEITER DENKEN



„Duell der Argumente“ in Bochum

Jacob Schrot, Jan-Frederik Kremer und Steffen Stierle diskutieren TTIP (v.l.n.r.)

US-Hühner oder Freiheit auf dem Markt?

TTIP BEUNRUHIGT DIE GEMÜTER – UND MIT DER SORGE KOMMEN DIE GERÜCHTE. DAS „DUELL DER ARGUMENTE“ WOLLTE HERAUSFINDEN, WAS SACHE IST.

Chlorhuhn und Genmais oder Freiheit auf dem Markt? Wie schmal der Grat zwischen Meinung und polemischer Meinungsmache sein kann, zeigt sich bei fast jeder politischen Diskussion. Umso wichtiger sind faire Bedingungen – wie beim neuen FNF-Format „Duell der Argumente“. Eingeladen zur Debatte über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) hatte das Regionalbüro der Stiftung in Nordrhein-Westfalen (NRW). Zwei Referenten, ein Moderator, klare Spielregeln und jede Menge gut aufbereiteter Informationen und Fakten – das machte dieses „Duell der Argumente“ zu einer fairen und interessanten Diskussionsveranstaltung.

Jacob Schrot, Gründer der „Initiative junger Transatlantiker“ und Präsident des Verbandes der deutsch-amerikanischen Clubs, und Steffen Stierle, Mitglied im Koordinationsausschuss von ATTAC Deutschland, waren die Duellanten, die die Mythen von den Fakten, die Vorurteile von den tatsächlichen Sachverhalten zu trennen suchten – moderiert von Jan-Frederik Kremer, Regionalbüroleiter in Nordrhein-Westfalen (NRW).

„Wir wollen kontroversen Meinungen ein Forum bieten und Mythen durch Fakten aufklären“, sagte Jan-Frederik Kremer – gerade bei deutschen Ängsten vor amerikanischem Huhn und Mais, die die Berichterstattung über das Freihandelsabkommen dominierten: „Wir wollen hinter die Fassade blicken“, betonte der Moderator.

Der Faktencheck brachte die Kombattanten zurück auf den Boden der Tatsachen

„Das transatlantische Freihandelsabkommen kann eine große Chance für beide Seiten des Atlantiks werden, um Wohlstand durch Handel zu fördern und Verbraucherschutzstandards auf hohem Niveau zu festigen“, sagte Jacob Schrot. Sein Kontrahent Steffen Stierle konterte mit Vorbehalten, befürchtete eine „Harmonisierung von Standards, die den Investitionsschutz, Verbraucherschutz, Arbeitnehmerschutz und erst recht unsere Demokratie aushebeln.“

Weil jede Diskussion vom jeweiligen subjektiven Welt- und Menschenbild der Diskutanten mitbestimmt wird, half auch diesem „Duell“ ein Faktencheck durch die Moderation – zum Beispiel beim Verbraucherschreck Chlorhühnchen. „Keiner will Chlorhühner essen“, sagte Stierle. „Die sind gar nicht Bestandteil der Verhandlungen“, entgegnete Schrot. Vor vollem Saal entlarvten sie gemeinsam allerlei Falschinformationen.



EU-Kommissarin Cecilia Malmström

Das „Duell der Argumente“ war ein voller Erfolg

Im Anschluss an die kontroverse Debatte, die die Kombattanten zwar nicht zum Konsens, aber zum konstruktiven Austausch brachte, ging die Debatte online in den sozialen Foren weiter.

Das „Duell der Argumente“ war ein voller Erfolg. „Aktuelle und interessante Themen, hervorragende Referenten, innovative Formate und höchste Qualität“ fand zum Beispiel Marie-Christine Ostermann aus der Geschäftsleitung der Rullko Großverkauf GmbH & Co. KG. So werde „liberale Politik nachhaltig vermittelt und Zufriedenheit der Teilnehmer erreicht“.

„MIT HILFE VON HANDELSABKOMMEN SOLLEN NICHT MEHR, SONDERN WENIGER REGULARIEN GESCHAFFEN WERDEN.“

ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF MdB

„Eine lebendige Demokratie braucht aktive Bürgerinnen und Bürger“, erinnerte Alexander Trennheuser, Landesgeschäftsführer von Mehr Demokratie NRW e.V., „und aktive Bürgerinnen und Bürger brauchen das nötige Wissen.“ Dafür sind die Seminare des Regionalbüros NRW eine gute Anlaufstelle.

Und Professor Tilman Mayer vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn war begeistert: „Genial. Ein Muss, mitzuwirken!“

Angesichts dieses ermutigenden Feedbacks plant das Regionalbüro NRW der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, diese Art der Veranstaltung auch in anderen Regionen des Bundeslandes anzubieten. Das „Duell der Argumente“ wird wiederaufgelegt – zu anderen kontroversen Themen.

Und was ist nun mit dem US-Huhn?

Die Stiftung empfiehlt einen Faktencheck – zum Beispiel in einem US-amerikanischen Restaurant.



Dr. habil. Peter Röhlinger, Vorstandsmitglied von 2007–2014



US-Fracking revolutioniert die Weltwirtschaft

DIE WELTPOLITISCHEN IMPLIKATIONEN DES FRACKING WAREN THEMA EINER STUDIENREISE DES TRANSATLANTISCHEN DIALOGPROGRAMMS IN DIE VEREINIGTEN STAATEN.

Die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen sind durch neue Methoden der Energiegewinnung in Bewegung geraten. In den Vereinigten Staaten von Amerika spricht man von einer Schiefergas-Revolution. Der „New Economist“ gibt dem Wettstreit der Energiekonzerne den Namen „Sheiks vs. Shale“ – (Öl)Scheichs gegen Schiefer (Gas/Öl). Während man in Europa und insbesondere in Deutschland den Einsatz der Gewinnung von Gas mittels „Fracking“ mit großer Skepsis betrachtet, bohrt man in den Vereinigten Staaten forsch in die Erde – und bringt die arabischen Ölmultis in Zugzwang. Das Transatlantische Dialogprogramm wollte es bei einer Studienreise nach Washington DC genauer wissen. Energieexperten und Multiplikatoren aus Deutschland und dem Baltikum hatten Gelegenheit, eine Förderanlage bei Pittsburgh in Pennsylvania (PA) zu besichtigen und mit US-amerikanischen Wissenschaftlern,

Politikern, Journalisten und Unternehmern zu sprechen. Die europäischen Gäste konnten die Schiefergas-Revolution in den Vereinigten Staaten hautnah miterleben und wertvolle Erkenntnisse gewinnen.

US-Erdgasförderung hat Auswirkungen auf die internationale Sicherheitspolitik

Durch die Schiefergas-Förderung sind die Vereinigten Staaten zum größten Naturgasproduzenten der Welt avanciert. Schon 2016 werden sie voraussichtlich auf den Import von Erdgas verzichten und sogar Erdgas exportieren können. Der Rückgang der Nachfrage aus den Vereinigten Staaten auf den Weltmärkten und das US-amerikanische Angebot von Energieträgern hat zu einem dramatischen Preisfall auf den Energiemärkten geführt. Die Auswirkungen auf andere Energieproduzenten wie die arabischen Staaten, aber auch auf Russland sind spürbar. Diese Entwicklung flankiert wirtschaftliche Erholung, wenn nicht sogar Reindustrialisierung der Vereinigten Staaten. Insbesondere Regionen, in denen Schiefergas gefördert wird, profitieren von der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Deshalb konzentriert sich die Debatte in den Staaten auf eine kontinuierliche Verbesserung der Fracking-Technologie und deren Regulierung. Man ist bemüht, diese Art der Förderung und Energiegewinnung zu optimieren und die mit dem Fracking einhergehenden Probleme wie hohes Lärm- und Verkehrsaufkommen an den Produktionsstätten zu lösen. Auch der mögliche Methanaustritt in die Atmosphäre und das Recycling von verunreinigtem Bohrwasser werden diskutiert – das Wie des Fracking steht in den Vereinigten Staaten im Mittelpunkt, nicht das Ob.

„UM DIE ABHÄNGIGKEIT VON RUSSISCHEM ERDGAS ZU VERRINGERN, SIND ZUSÄTZLICHE ENERGIEQUELLEN NÖTIG, BEISPIELSGEWEISE UMWELTVERTRÄGLICHES FRACKING.“

HERMANN OTTO SOLMS

In Deutschland verläuft die Diskussion um diese neue Methode der Energiegewinnung auf ganz andere Weise. Man befürchtet Schlimmstes und warnt vor einer Vergiftung des Grundwassers oder vor höherem Erdbebenrisiko durch die Fracking-Technologie. In den Vereinigten Staaten gibt es viel weniger Bedenken: Die europäischen Teilnehmer der Studienreise trafen weder auf verängstigte Bürger noch auf brennende Wasserhähne. Stattdessen erlebten sie, wie Industrie, Bürger und Umweltorganisationen konstruktiv zusammenarbeiten, um umweltschonende Methoden zum Schiefergasabbau zu entwickeln. Bei allen Vorbehalten ist eine Auseinandersetzung in Deutschland mit den außen- und sicherheitspolitischen Implikationen der Entwicklung notwendig. Auf US-politischer Ebene diskutiert man zum Beispiel, ob die Unabhängigkeit von arabischen Energieimporten dazu führen sollte, dass die Vereinigten Staaten sich weniger für den Frieden im Nahen Osten engagieren müssen, weil ihre Energieversorgung davon nicht mehr abhängt. Energieexporte als außenpolitisches Instrument sind ebenfalls kein Tabu. Beides hätte unmittelbare Auswirkungen auf Europa und erfordert einen vertieften transatlantischen Dialog. Angesichts der rasanten Entwicklung sollte sich auch die deutsche Debatte nicht auf Umweltaspekte beschränken.



Studienreise von Energieexperten nach Pittsburgh

Freiheitliche Ideen mit Leidenschaft verteidigen

„DIE STIFTUNG BIETET EINE UNGLAUBLICH KREATIVE PLATTFORM, DIE VERSCHIEDENSTE FORMEN DER SELBSTVERWIRKLICHUNG – UND DAMIT FREIHEIT – ERMÖGLICHT.“



FH-STUDIERENDER
ANSPRECHPARTNER AM
HOCHSCHULORT
GESUNDHEITSINITIATIVE
ORGANISIERTER
LIBERALISMUS

Martin Thoma,
Grundförderung seit 2012,
Gesundheitsmanagement,
FH Krefeld

„MAN HAT DIE
CHANCE,
EIGENE IDEEN ZU
VERWIRKLICHEN
UND AN JEDEM
PROJEKT ZU
WACHSEN.“

Als Ansprechpartner am Hochschulort vernetze ich Studenten und Stipendiaten miteinander und vertrete die Begabtenförderung an meinem Hochschulort. So konnte ich der Stiftung vor Ort in Krefeld eine Stimme und ein Gesicht geben. In meinem Amt versuchte ich, mit Studenten ins Gespräch zu kommen, um sie über die Stiftung zu informieren. Aber auch Professoren und Hochschulmitarbeiter zeigten Interesse. Auf den halbjährlichen Treffen mit den Vertrauensdozenten und bei den Hochschulinformationstagen vertrat ich die Begabtenförderung. Im Sommer 2014 schließlich stand ich auf dem Regionaltreffen für Mitteldeutschland in Halle an der Saale zur Verfügung. Stipendiaten aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen setzten sich hier mit Brennpunkthemen wie Zuwanderung, Freizügigkeit und Arbeitsmarktpolitik mit dem Fokus auf Mitteldeutschland auseinander. Ich kann jedem nur empfehlen, den Job als Ansprechpartner zu übernehmen. So hat man die Chance, eigene Ideen zu verwirklichen und an jedem Projekt persönlich zu wachsen.

Die Initiative Gesundheitspolitik ist nicht nur für das Thema Gesundheitspolitik innerhalb der Stiftung von großer Bedeutung, sondern für mich auch eine Herzensangelegenheit. Ich habe im Gesundheitswesen gearbeitet und studiere im Master Health Care Management. Schon in der Zeit meines Bachelorstudiums musste ich feststellen, dass gesundheitspolitische Themen nie so stark berücksichtigt wurden, wie ich es mir gewünscht hätte. Dabei betrifft das Gesundheitswesen uns alle – Ethik in Medizin und Forschung, Gesundheitsökonomie sowie Pflege und Pharmazie sind Teil unserer Lebenswelt und die Kenntnis darüber Grundlage existenzieller Entscheidungen.



AUSWAHLTAGUNG
STIPENDIUM

Vanessa Findling,
Grundförderung seit 2014,
Maschinenbau, Berlin



„ICH BIN EINE QUERDENKERIN
UND FÜHLE MICH IN DER STIFTUNG
RICHTIG ZU HAUSE.“

Vor dem Auswahlgespräch war ich sehr aufgeregt. Nachdem ich sehr freundlich empfangen wurde, habe ich mich aber schnell beruhigt: Ich bin gut mit den Prüfern ins Gespräch gekommen. Das hat mir gefallen. Und nach einem Jahr in der Stiftung wurden meine Erwartungen weit übertroffen: Ich engagiere mich, bin Koordinatorin des Arbeitskreises und habe sehr viel Spaß! Zurzeit organisiert mein Arbeitskreis ein Seminar zum Thema „Innovationskultur“. Wir möchten herausfinden, wie Innovationen aus der Forschung in die Wirtschaft übertragen werden können.

Ich bin eine Querdenkerin und fühle mich in der Stiftung richtig zu Hause. Toll ist, dass die Stiftung eine unglaublich kreative Plattform bietet, die mir verschiedenste Formen der Selbstverwirklichung – und damit Freiheit – ermöglicht. Zudem gibt sie mir den Rückhalt und die Sicherheit, mich als alleinerziehende Mutter voll auf das Studium zu konzentrieren. Im Sommer war ich zu einer Theatervorstellung mit anschließendem Empfang beim Bundespräsident eingeladen – das war der großartige Höhepunkt meiner bisherigen Stipendiatenzeit.

„ZU EINEM ECHTEN
SOZIALEN WANDEL
BEITRAGEN“



KONFERENZ
BILDUNGSPUBLIKATION
PRAKTIKUM

Florian Hartjen,
Grundförderung seit 2010,
Sozialwissenschaften,
Rechtswissenschaften,
Wirtschaftswissenschaften,
Erfurt



Die Handelskonferenz, die ich gemeinsam mit anderen Stipendiaten organisieren durfte, war für mich ein Jahreshighlight in meinem Stiftungsengagement. Die Begabtenförderung brachte uns als Organisatoren großes Vertrauen entgegen, sodass das Prinzip der stipendiatischen Selbstorganisation stets zum Zuge kommen konnte. So hatte ich die Möglichkeit, in Eigenregie ein Forum für die Stipendiaten zu eröffnen – und konnte darüber hinaus selbst aktiv daran teilnehmen. Auf der Konferenz arbeiteten die Teilnehmer vor allem zum Freihandel und zu internationalen Handelsabkommen. Die gewonnenen Erkenntnisse und Informationen können sie nun in ihren jeweiligen Arbeitskreisen und Initiativen nach außen tragen. Mit meinem Engagement verfolge ich nämlich vor allem ein Ziel: Ich will die freiheitlichen Ideen verbreiten, mit Leidenschaft verteidigen und dadurch zu einem echten sozialen Wandel beitragen.

Ausgehend von Ergebnissen der Bildungskonferenz im Rahmen der 40-Jahrfeier der Begabtenförderung habe ich im Jahr 2014 einen Leitfaden zu liberaler Bildungspolitik initiiert und umgesetzt. Die Publikation präsentiert Texte von Stipendiaten über das Wesen und die Finanzierung der deutschen Bildungslandschaft. Auch einen eigenen Text durfte ich so veröffentlichen. Darin thematisierte ich eine „Bildung für alle“ und den Weg dorthin. Bei der Koordination dieses Projektes hat mich besonders motiviert, die vielseitigen und beeindruckenden Gedanken der Stipendiaten zusammenzutragen, aber wichtig war für mich natürlich auch die Gelegenheit, bereits früh in der akademischen Karriere eigenständig zu publizieren.

Auch bei diesem Projekt unterstützte mich das Vertrauen von Begabtenförderung und Liberalem Institut. Während meines siebenmonatigen Studienaufenthalts in Johannesburg, arbeitete ich zunächst als Praktikant, danach als Programmassistent des Auslandsbüros der Stiftung vor Ort. In dieser Zeit war ich für die Veröffentlichung aktueller Hintergrundberichte und politischer Einschätzungen zur Lage Südafrikas verantwortlich. Ich lernte viel über diese aufstrebende Region und erwarb erste Berufserfahrungen in Think-Tanks und der Gestaltung von Politik. Dieser Input, der mir durch die Stiftung gegeben wurde, ist für meine weitere Karriere von unschätzbarem Wert.



Liane Knüppel, VSA-Präsidentin, stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende, und Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss, stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender



Prof. Dr. Randolph Rodenstock

Markt, Mittelstand und Moral

ETHIK IN DER WIRTSCHAFT BESCHÄFTIGTE DEN ALUMNI-KONVENT, DAS FRANKENTREFFEN UND DIE AUSGABEN DER NEUEN „POSITION LIBERAL“

Gewinn und gutes Gewissen

Wirtschaft und Ethik sind keine unüberwindlichen Gegensätze – sie bedingen sich gegenseitig. So lautet das Resümee von Professor Randolph Rodenstock, Ehrenpräsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, auf dem Liberalen Frankentreffen auf Schloss Gaibach in Unterfranken. Er betonte, dass die Relevanz ethischen Handelns auf Seiten der Wirtschaft nicht in Zweifel stehe. Umgekehrt freue ihn aber, dass nun auch Kirchenvertreter die wirtschaftlichen Zusammenhänge anerkennen und keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Marktwirtschaft

„EINE MORAL, DIE WIRTSCHAFTSGESETZE ÜBERSPRINGEN ZU KÖNNEN MEINT, IST NICHT MORAL, SONDERN MORALISMUS“

BENEDIKT XVI, EHEMALIGER PAPST

mehr hegten. „Eine Moral, die die Sachkenntnis der Wirtschaftsgesetze überspringen zu können meint, ist nicht Moral, sondern Moralismus, also das Gegenteil von Moral.“ Das Zitat stammt nicht von einem Unternehmer, sondern von Kardinal Joseph Aloisius Ratzinger, der von 2005 bis 2013 als Papst Benedikt XVI amtierte. Rodenstock plädierte für einen kraftvollen Staat, der wie ein Schiedsrichter die Rahmenbedingungen setzt und ihre Einhaltung sichert. Diese Regeln seien so zu gestalten, dass keine Selbstausbeutung erforderlich ist: „Staatlicher Rahmen ja, aber Staatswirtschaft nein. Analog zum Fußball brauchen wir einen Staat als Schiedsrichter, der aber nicht selbst mitspielen darf.“

ALUMNIS DISKUTIERTEN FINANZETHIK

Zum Alumni-Konvent des Verbandes der Stipendiaten und Altstipendiaten (VSA) kamen im Oktober 2014 wie jedes Jahr Mitglieder und Freunde des VSA in Stuttgart zusammen. Diesmal stand das Thema „Börse.Banken.Politik“ auf dem Programm. Schirmherr war Professor Ludwig Theodor Heuss.

Nach einem Besuch der Stuttgarter Börse am Freitagnachmittag begann der Samstag mit Kurzvorträgen. Anschließend diskutierten die Teilnehmer unter Leitung von Hartmut Knüppel vom Deutschen Derivate-Verband e.V. (DDV) über politische und wirtschaftliche Herausforderungen beim Zusammenspiel von Finanzmärkten und ethischen Grundsätzen. Der Debatte stellten sich namhafte Fachleute: der Leiter der EU-Repräsentanz der Deutschen Bank, Hans-Dieter Holtzmann, der Geschäftsführer der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Oliver Hans, der FDP-Landesvorsitzende Michael Theurer, Bernd Villhauer vom Weltethos-Institut Tübingen und Heinz Heineke, Aufsichtsrat der Schleupen AG. Ein kulturelles Rahmenprogramm und ein festliches Abendessen luden ein, alte Freundschaften zu pflegen und neue Kontakte zu gewinnen.



Florian Rentsch Mdl, hessischer Wirtschaftsminister 2012–2014

LIBERALES PROGRAMM FÜR DEN MITTELSTAND

In der Publikationsreihe „Position Liberal“ beschäftigt sich die Ausgabe „Liberale Mittelstandspolitik“ mit den Grundzügen einer liberalen Wirtschaftspolitik. Der frühere hessische Wirtschaftsminister Florian Rentsch zeigt darin, dass eine liberale Wirtschaftspolitik besonders den kleinen und mittleren Unternehmen nützt. Diese beschäftigten in Deutschland immerhin 65 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Rentsch untersucht, was diese Tatsache für wichtige Politikfelder bedeutet: Doppelbesteuerungen wie durch die Kapitalertragssteuer sind schädlich, weil Unternehmen nicht durch die Besteuerung ihrer Substanz gefährdet werden dürften. Im Bereich Arbeitsmarktpolitik sieht er Mindestlöhne kritisch, weil diese die Marktwirtschaft aushebelten. Rentsch plädierte dafür, an der bewährten Tarifpartnerschaft festzuhalten. Auch das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) schade dem Mittelstand: Steigende Energiepreise bedrohten den Wirtschaftsstandort Deutschland. Weil außerdem für den Mittelstand die Kreditfinanzierung essenziell ist, müssten hier Benachteiligungen abgeschafft werden. Der Autor sieht es als schwerwiegende Fehlsteuerung, dass im Zuge der Bankenregulierung erfolgreiche mittelständische Unternehmen als unsicher eingestuft werden. Eine liberale Wirtschaftspolitik für den Mittelstand müsse aber auch überflüssige Bürokratie abbauen und die Genehmigungsverfahren erleichtern. Das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) kann gerade dem Mittelstand den einfachen Zugang zu Auslandsmärkten ermöglichen, der oft an der doppelten Regulierung durch EU und den Vereinigten Staaten scheitert.



FREIHEIT IST...



MENSCHENRECHTE
SCHÜTZEN



Einander achten

IN SENEGAL ENGAGIERT SICH DIE STIFTUNG VOR ALLEM FÜR MENSCHENRECHTSARBEIT UND FÜR FRIEDEN ZWISCHEN DEN RELIGIONEN.

Menschenrechte hinter Gittern

Der Observateur National des Lieux de Privation de Liberté (ONLPL), ein Kooperationspartner der Stiftung in Senegal, macht mit einem Team aus Richtern, Anwälten, ehemaligen Polizeibeamten, Psychologen, Ärzten und Vertretern von Menschenrechtsorganisationen Kontrollbesuche in Gefängnissen, psychiatrischen Einrichtungen und Polizeistationen. Sowohl natürliche als auch juristische Personen können den ONLPL anrufen, und auch Parlamentarier oder sogar der Präsident kann um Kontrollbesuche bitten. Um den Schutz der Menschenrechte in allen genannten Institutionen zu sichern, arbeitet die Organisation ebenfalls eng mit Amnesty International und der senegalesischen Delegation des Hohen Kommissars für Menschenrechte zusammen.

Ziel ist, alle 223 Gefängnisse, Polizeistationen und andere Orte des Freiheitsentzugs wie Militärgefängnisse und psychiatrische Einrichtungen zu inspizieren. Dabei stellen die Inspektoren oft genug Menschenrechtsverletzungen fest – und machen umgehend auf Folter oder unrechtmäßige Einweisung von Menschen in die Psychiatrie aufmerksam. Der ONLPL empfiehlt, Vollzugsbeamte zu bestrafen, wenn sie gegen die Menschenrechte verstoßen und zu Unrecht eingewiesene Personen freizulassen. Oft entspricht die zuständige Behörde diesen Empfehlungen, zum Beispiel im März 2014, als der Observateur einen Häftling befreien konnte, der sieben Jahre zu Unrecht in einem Gefängnis in Dakar festgehalten worden war. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützt die Arbeit des ONLPL auch durch Begleitung von Kontrollbesuchen und mit Öffentlichkeitsarbeit. Informationsveranstaltungen machen diese wichtige Institution bei der Bevölkerung sowie bei Militär, Polizei, Anwälten und Gefängnispersonal bekannt.

verhindern können. Aber die gesamte Bevölkerung muss die Gefahr ernst nehmen, um ihr rechtzeitig entgegenzutreten.



Hier kann man sich das Lied „Zwischen Himmel und Erde“ herunterladen: <https://www.youtube.com/watch?v=AJ7fgamf-vU>



LIED GEGEN DIE RADIKALISIERUNG

Der senegalesische Musiker, Produzent und Moderator Nicolas Job setzt sich mit seinem neuesten Song „Zwischen Himmel und Erde“ für den Dialog der Religionen ein. „Ob dein Name Mustafa oder Nicolas ist, wir sind alle gleich auf Erden“, heißt es darin. „Glaube, an was du willst und lasse anderen ihren Glauben. Mach ein Paradies aus deinem Leben. Mustafa, Nicolas, Inch Allah, Alleluja!“ Der Song läuft als Videoclip auf Youtube. Die Friedrich-Naumann-Stiftung in Westafrika hat die Produktion des Videos und einer CD von Nicolas Job unterstützt. Auch die senegalesischen Fernseh- und Radiostationen senden den Titel, der im ehemaligen Justizpalast der Hauptstadt Dakar aufgenommen wurde, als einen wichtigen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben.

In Senegal leben rund 90 Prozent Muslime und fünf Prozent Christen. Das westafrikanische Land gilt als gutes Beispiel für das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionen. Der wachsende Einfluss radikal-islamischer Gruppen ist jedoch auch hier spürbar und Grund für Besorgnis. Bislang haben die starken, gemäßigten Muslimbruderschaften in Senegal eine Radikalisierung

„SEIT MEHR ALS 50 JAHREN SIND DIE FÖRDERUNG UND DURCHSETZUNG DER MENSCHENRECHTE ELEMENTARER BESTANDTEIL DER AUSLANDSARBEIT DER STIFTUNG.“

WOLF-DIETER ZUMPFORT



Bundespräsident a. D. Horst Köhler und Helen Zille

Freiheitspreis für Helen Zille

DIE STIFTUNG EHRTE MIT DER MINISTERPRÄSIDENTIN DER PROVINZ WESTKAP DIE VORKÄMPFERIN EINES FREIEN, MODERNEN SÜDAFRIKAS.

Helen Zille, seit 2007 Vorsitzende der Democratic Alliance (DA), wurde 1951 in Johannesburg geboren. Sie ist eine Großnichte des Berliner Milieumalers Heinrich Zille – ihre Eltern emigrierten während der NS-Gewaltherrschaft aus Deutschland. Vor ihrem Engagement in der Politik arbeitete sie als Journalistin für die „Rand Daily Mail“ und deckte die Hintergründe des gewaltsamen Todes von Steve Biko auf, dem Gründer und Leiter der Black-Consciousness-Bewegung, der 1977 im Polizeigewahrsam umgekommen war. 1999 wurde die Kritikerin der Apartheid im Westkap Bildungsministerin (bis 2001), dann Oppositionsführerin im Provinzparlament bis zu ihrer Wahl in das nationale Parlament im Jahr 2004. Von 2006 bis 2009 war Helen Zille Bürgermeisterin von Kapstadt. Sie ist verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne.

„Helen Zille ist ein leuchtendes Vorbild in ihrem Kampf gegen die Apartheid und für die Demokratie“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Wolfgang Gerhardt, anlässlich der Ehrung am 8. November 2014 in der Paulskirche in Frankfurt am Main. „Mit ihrem beharrlichen Engagement für eine offene Gesellschaft, für individuelle Freiheit und Chancengerechtigkeit aller in Südafrika lebenden Menschen leistet sie Außergewöhnliches für ihr Land und für die Freiheit“, betonte Gerhardt.

Altbundespräsident Köhler: „Helen Zille ist eine Vorkämpferin der afrikanischen Moderne“

Die Jury-Vorsitzende Karen Horn verwies auf die aktuellen politischen Entwicklungen in Russland, das brutale Treiben der Terrormilizen im Irak und in Syrien und die wachsende Bedrohung der Freiheit im Namen der Sicherheit. Die Welt brauche Beispiele wie Helen Zille, die dem fragilen Gut der Freiheit tagtäglich ein Gesicht geben.

Auch Altbundespräsident Professor Horst Köhler würdigte die Beharrlichkeit der Ausgezeichneten: „Ihr Erfolg zeigt, dass eine Politik möglich ist, in der nicht die Ethnie im Mittelpunkt steht. Sie ist eine Vorkämpferin dieser afrikanischen Moderne zu einem authentischen afrikanischen Freiheitsbegriff.“ Es gelte auch in Deutschland und Europa, sich tiefer und grenzüberschreitender mit verschiedenen Verständnissen von Freiheit auseinanderzusetzen und den riesigen, reichen Kontinent Afrika endlich ernst zu nehmen. Dafür sei der Freiheitspreis an eine afrikanische Politikerin das richtige Zeichen.

„Lass dich nicht entmutigen – gib niemals auf!“

Helen Zille zeigte sich sehr bewegt über ihre Auszeichnung. Damit würden auch alle anderen Freiheitskämpfer geehrt – ein Kampf, der einen langen Atem braucht, denn: „Der Kampf für die Freiheit ist ein Marathon, kein Sprint.“ Die Preisträgerin sprach in deutscher Sprache – obwohl ihre Mutter Mila ihr abgeraten hätte. Und genau deswegen habe sie sich dafür entschieden: Nicht aufgeben, sich nicht einreden lassen, dass etwas unmöglich sei, das ist ihr Erfolgsgeheimnis. Auf Deutsch also warb sie in ihrer Dankesrede für eine „offene Gesellschaft der Chancengleichheit“ – und warnte davor, ethnische Konflikte für einen politischen Machterhalt zu missbrauchen. Es gebe keinen sicheren Weg zur Freiheit, aber Bevormundung sei auf jeden Fall der falsche.

„DER KAMPF FÜR DIE FREIHEIT IST EIN MARATHON, KEIN SPRINT.“

HELEN ZILLE



Links: Christian Lindner MdL würdigt die Preisträgerin.
Rechts: Prof. Dr. Jürgen Morlok (Mitte) und Dr. Wolfgang Gerhardt (rechts) überreichen den Freiheitspreis an Helen Zille.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit arbeitet seit 1994 mit der südafrikanischen Partei Democratic Alliance (DA) zusammen und unterstützte sie auch nach den ersten, wenig ermutigenden Wahlergebnissen beharrlich weiter. Mittlerweile konzentriert sich die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung neben Kontaktpflege zu anderen liberalen Kräften des Kontinents auf Schulungen und Angebote zur politischen Bildung vor allem für Seminarleiter und die Entwicklung von Lehrplänen für Testkurse. So will die Friedrich-Naumann-Stiftung möglichst vielen Menschen ermöglichen, politische Wirklichkeit freiheitlich zu gestalten – getreu Helen Zilles Motto: „Lass dich morgen nicht entmutigen, gib niemals auf.“



Ibn Abdur Rehman, Direktor Human Rights Commission of Pakistan

Die Arbeit der Menschenrechtskommission in Pakistan

GEMEINSAMES ENGAGEMENT GEGEN DIE DISKRIMINIERUNG MIT DER MENSCHENRECHTSKOMMISSION IN PAKISTAN

„Wir erleben eine neue Welle des religiösen Extremismus, der intoleranter ist als je zuvor“, sagt Ibn Abdur Rehman, der Direktor der 1987 gegründeten Human Rights Commission of Pakistan (HRCP) in Lahore, die ein Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist. Seit 1998 kooperiert die Menschenrechtskommission mit der Stiftung für die Freiheit.

Ibn Abdur Rehman ist seit Jahrzehnten ein anerkannter Friedensaktivist – er wurde noch vor der Teilung des Subkontinents im Jahr 1930 im indischen Haryana geboren. Er hat als Journalist gearbeitet und sich ein Leben lang für die Menschenrechte und Religionsfreiheit sowie für den Schutz von Minderheiten und Frauen eingesetzt – ein riskantes Unterfangen in einem Land, das von radikalislamistischen Terroristen bedroht wird.

„Menschenrechtsarbeit in Pakistan“, sagt er, „ist ein endloser Einsatz“

Das Büro des Menschenrechtsaktivisten in der alten braunen Backsteinvilla wirkt allerdings nicht besonders sicher. Es gibt weder Wachen noch Zäune. Aber Rehman spielt die Gefahr herunter: „Wir gelten als zu klein“, erklärt er. „Sie sehen uns nicht als Bedrohung.“ Dabei ist bereits einer seiner Mitarbeiter, ein Anwalt, bei einem Anschlag umgekommen. Der Mann hatte die Verteidigung in einem Blasphemie-Prozess übernommen und bis zu dem tödlichen Anschlag mehrere Attentate überlebt.

Und doch arbeiten Rehman und sein Kollege Zaman Khan weiter, auch am Samstag, der für andere arbeitsfrei ist. Zaman Khan ist für die Bearbeitung der Beschwerden aus der Bevölkerung zuständig – und versinkt beinahe unter all den Papierstapeln rund um seinen Schreibtisch. Er hat alle Hände voll zu tun. „Menschenrechtsarbeit in Pakistan“, sagt er, „ist ein endloser Einsatz.“

Warum es so schwierig ist, die Gewalt einzudämmen, können auch diese beiden Experten nur vermuten. „Es gibt keine einfache Erklärung für den wachsenden Extremismus“, meint Rehman. Die Regierung ist jedenfalls mitverantwortlich, denn „die Fehler des Staates begründen die Macht der Militanten“. Nicht nur die Koranschulen radikalisierten die Jugend, auch die staatlichen Schulen trügen dazu bei: „Unsere Schulbücher sind voller Hass und Intoleranz.“ Staat und Armee gingen nur halbherzig gegen bewaffnete Dschihadisten vor, sagt Rehman: „Unsere Armee ist sehr nett, sie tötet die Talibananführer nicht, das überlässt sie lieber den Amerikanern.“ Dieser offizielle Zurückhaltung im Kampf gegen den Terror liegt nach Rehman Ansicht ein Kalkül zugrunde: „Unsere Armee hegt noch immer den Traum, Afghanistan zu besetzen, und zwar im Schulterschluss mit den Taliban.“ Man wolle es sich mit den Radikalislamisten nicht verderben.

Der Einsatz für eine tolerante Gesellschaft beginnt in der Schule

Rehman kritisiert auch die US-Drohnenangriffe als kontraproduktiv, weil sie zu einer Solidarisierung mit den Taliban führten und so dem Terror in die Hände spielten: „Wenn du zehn Taliban mit einer Drohne tötest, produzierst du 100 neue Dschihadisten.“ Er skizziert drei Schritte im Kampf gegen den Extremismus: „Als Erstes muss die militärische Macht der Militanten gebrochen werden, dann müsse der pakistanische Staat die islamistische

„WIR MÜSSEN EINE TOLERANTERE GESELLSCHAFT WERDEN.“

IBN ABDUR REHMAN

Rhetorik einstellen, und schließlich – als größte Herausforderung: „Wir müssen eine tolerantere Gesellschaft werden.“ Dazu muss man in den Schulen anfangen. Seine Organisation bereitet hierfür ein Erziehungsprojekt für pakistanische Schulkinder vor. Rehman würde eine Zusammenarbeit mit der Stiftung für die Freiheit auch hier sehr begrüßen.

Mehr Informationen zur Projektarbeit der Stiftung in Pakistan gibt es auch bei Twitter unter @FNF_Pakistan



Ein Fokus-Bericht zur Situation der Menschenrechte in Pakistan steht online hier: <https://de.scribd.com/doc/237309855/2014-08-06-FHR-02-Religiose-Minderheiten-in-Pakistan>





Verabschiedung des Grundsatzpapiers zu Menschen- und Bürgerrechten

Lateinamerika: Kreativ gegen Verbrecher

IM NOVEMBER TRAF SICH DAS LIBERALE NETZWERK „RELIAL“ IN PANAMA, UM ÜBER MENSCHEN- UND BÜRGERRECHTE IN LATEINAMERIKA ZU DISKUTIEREN.

Die 37 Mitgliedsorganisationen nutzten das Treffen, um neben der wirtschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas vor allem Fragen der Menschen- und Bürgerrechte zu diskutieren.

Schwache Institutionen, öffentliche Sicherheit und organisiertes Verbrechen wirken einer demokratischen Entwicklung entgegen.

Im November kamen die Mitglieder des liberalen Netzwerkes in Lateinamerika Relial zu ihrem Jubiläumskongress in Panama zusammen. Gemeinsam blickten sie auf das zehnjährige Bestehen von Relial zurück und diskutierten aktuelle Themen der Region. Hauptredner des ersten Versammlungstages war Juli Minoves, Präsident von Liberal International. Minoves berichtete von der Sitzung des

Präsidiums der Liberalen Internationale (LI) in Hongkong. Er sprach von seiner Unterstützung für die sogenannte Regenschirmbewegung (Umbrella-Movement). Der Begriff kam in die Welt, nachdem Protestierende in Hongkong, die für ein freies Wahlrecht auf die Straße gingen, von der Polizei mit Pfefferspray angegriffen wurden. Die Demonstranten verwendeten ihre Regenschirme, um sich zu schützen. Minoves äußerte seine Unterstützung stellvertretend für viele Bürger weltweit, die von autoritären Regimen ihre politischen Rechte einfordern.

„WIR BRAUCHEN KREATIVE LÖSUNGEN GEGEN DAS INTERNATIONALE VERBRECHEN.“

LUIS MORENO OCAMPO



Links: Luis Moreno Ocampo, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag 2003–2012 / Rechts: Gesine Meißner, für die FDP seit 2009 im Europäischen Parlament

Luis Moreno Ocampo: Nationale Verbrechensbekämpfung greift zu kurz

Gesine Meißner, Europaabgeordnete der ALDE-Fraktion, hob die Bedeutung der Menschenrechte für eine funktionierende Demokratie hervor und äußerte ihr Entsetzen über das Massaker an den Studenten im mexikanischen Iguala. Die Studenten waren nach einer Massenentführung tot aufgefunden worden. Offenbar wurden sie im Auftrag der Polizei getötet.

Auch Berichte aus Brasilien, Venezuela und Chile verweisen auf hohe Kriminalitätsraten, Korruption und Straflosigkeit. Nicht nur interventionistische Regierungen, sondern auch das global organisierte Verbrechen belasten den Subkontinent. Eine nationale Verbrechensbekämpfung habe auf die internationalen Strukturen des Verbrechens keinen ausreichenden Zugriff, betonte Luis Moreno Ocampo, ehemaliger Chefankläger am Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Der einfallsreiche Einsatz von Smartphones kann auch Ärmern helfen, sich zu schützen

Auch eine regionale beziehungsweise länderübergreifende Polizeiarbeit könne nur ungenügend auf das einfallsreiche, gut vernetzte und professionell organisierte Großverbrechen reagieren. Der Liberalismus des 21. Jahrhunderts müsse neue, kreative und dezentrale Lösungen anbieten und offensiv propagieren, forderte er. Auch Alltagskriminalität ließe sich immer weniger mit starrem staatlichen Regelwerk bekämpfen, noch weniger in den Ländern Lateinamerikas mit ineffizienter Polizei. Dies betrifft laut Moreno vor allem ärmere Bevölkerungsschichten, die sich teure private Wachdienste nicht leisten können. Aber auch diese finanziell schwächeren Gruppen könnten sich durch



geschickte Nutzung moderner Alltagstechnik besser schützen, zum Beispiel mit Smartphone-Apps, die Fahrgäste öffentlicher Verkehrsmittel vernetzen, um nachts in unsicheren Gegenden gemeinsam auf einen Bus zu warten oder ein sicheres Taxi zu nehmen. Smartphone-basierte Taxidienste wie Taxi Beat oder Uber böten heute schon einen höheren Sicherheitsstandard als formale Registrierungen von Taxis, die einfach zu kaufen oder zu fälschen seien.

Im Anschluss an die Rede Moreno Ocampos berieten und verabschiedeten die Mitglieder von Relial ein Grundsatzpapier zu Menschen- und Bürgerrechten. Es soll als Grundlage für eine stärkere Arbeit des Netzwerkes im Bereich der Menschen- und Bürgerrechte dienen.



FREIHEIT IST...



NEUE WEGE
BAHNEN



Erfolgsstory: „Praja“ = Bürger!

DIE 1998 GEGRÜNDETE BÜRGERINITIATIVE „PRAJA“ IN MUMBAI ARBEITET ERFOLGREICH MIT DEN MEDIEN UND DER STIFTUNG ZUSAMMEN.

„Praja“ bedeutet im Sanskrit „Bürger“ – ein passender Name für eine Bürgerinitiative, die mittlerweile zu den angesehensten und einflussreichsten Nichtregierungsorganisationen in der indischen 20-Millionen-Stadt gehört. Die investigativen Berichte der Gruppe interessieren die Medien, und längst kommen auch die Politiker nicht mehr an den Untersuchungen und Empfehlungen von „Praja“ vorbei.

Nitai Mehta, der Gründer und Leiter der Organisation, erläutert in einem mit Hilfe der Stiftung produzierten druckfrischen Handbuch zur Wohnraumnot die Ziele seiner Bewegung: „Wir ermächtigen den Bürger, sich am

politischen Geschehen zu beteiligen, indem wir Wissen und Perspektiven bereitstellen.“ „Praja“ will erreichen, „dass der Bürger politisch aktiv wird – auch jenseits des Wahltages“. Transparenz und verantwortliches Handeln sind hierfür unabdingbar. Und darum kümmert sich seine Bürgerinitiative.

Die Berichte der Bürgerinitiative können wahlentscheidend sein

Im „Praja“-Büro mitten in Mumbai sitzen 20 Mitarbeiter auf engstem Raum vor ihren Bildschirmen. In mühsamer Kleinarbeit und zahllosen investigativen Recherchen sammeln und bewerten sie Informationen über kommunale Dienstleistungen, öffentliche Sicherheit, das Gesundheitswesen, Schulwesen und die Wohnungsnot. Der empirische Aufwand ist groß, aber er lohnt sich: Die Reports von „Praja“ gelangen über die Medien an die Öffentlichkeit und so auch an die gewählten Kommunalvertreter und an die Regierenden, also in diesem Fall die Stadtverwaltung mit ihrer riesigen Bürokratie. Auf diesem Wege will „Praja“ im föderal strukturierten Indien auch die Landesregierung des Bundesstaates Maharashtra beeinflussen, denn in Mumbai werden viele wichtige Entscheidungen getroffen, die auch den Bundesstaat betreffen.

In einer gesonderten Studie erstellt „Praja“ darüber hinaus sogenannte „Report Cards“, eine Art Zeugnis, das die Leistungen und Qualität der gewählten Volksvertreter bewertet. Diese Berichte listen nicht nur die Fehlzeiten der Abgeordneten in den Sitzungen auf, sondern geben auch Rechenschaft über deren Abstimmungsverhalten. „Eine schlechte „Praja“-Note kann wahlentscheidend sein“, sagt Nitai Mehta. Deshalb versuchten manche, Einfluss auf die Berichte zu nehmen. Aber da sind sie bei der unabhängigen und unbestechlichen „Praja“ an der falschen Adresse.

Mumbai vor. Die Stadt sei sehr unsicher geworden, betonte Nitai Mehta vor den vielen interessierten Journalisten, die in Fernsehen und Zeitungen aus der Pressekonferenz berichteten. Laut diesem Bericht fühlen sich 37 Prozent der Bürger unsicher auf den Straßen; im öffentlichen Nahverkehr liege die Zahl noch höher. Besonders alarmiert sind die „Praja“-Aktivisten über die vielen nicht aufgeklärten Gewaltverbrechen. Nur bei acht Prozent von Schwerverbrechen wie Mord und Vergewaltigung werden die Kriminellen zur Rechenschaft gezogen, hat „Praja“ ermittelt. „Wir brauchen mehr Polizei auf den Straßen“, fordert der Bürgeranwalt Nitai Mehta, „der Rechtsstaat muss sich durchsetzen.“ Er werde den Bericht auch dem neugewählten Regierungschef des Bundesstaates Maharashtra vorlegen und politisches Handeln einfordern.

Und dann ist da noch ein anderes wichtiges Projekt: Die „Praja“ will in der Hauptstadt Neu-Delhi eine Zweigstelle eröffnen – tatkräftig unterstützt von der Stiftung.



Links: großes Medieninteresse bei „Praja“ / Rechts: „Praja“-Büro in Mumbai

„Praja“ ermöglicht echte politische Beteiligung – auch zwischen den Wahlen

„Unsere Berichte schaffen die Grundlage für einen echten politischen Dialog“, sagt Projektleiter Milind Mhaske. Neben der Veröffentlichung der Politikanalysen ist „Praja“ auch in der Politikberatung und Politikerschulung aktiv: „Bei unseren Seminaren sitzen Volksvertreter wie Schüler auf der Schulbank“, erzählt Milind Mhaske. Im November stellte „Praja“ im Presseklub seinen aktuellen Bericht über Kriminalität und Rechtsstaatlichkeit in

„WIR ERMÄCHTIGEN
DEN BÜRGER, SICH
AM POLITISCHEN
GESCHEHEN ZU
BETEILIGEN.“

NITAI MEHTA



Elektro-Musikerin DJane Mary Jane

Freiheit zum Klingen bringen

FANTASIE FREISETZEN: KONGRESS TAGTE ÜBER „DIE SPRACHE DER LIBERALEN“ – DAS REGIONALBÜRO POTSDAM ERINNERTE AN 25 JAHRE TECHNO

Dr. Motte und 25 Jahre Techno

Techno war nicht nur ein Lebensgefühl, sondern der Klang der Freiheit in den Jahren der Wiedervereinigung. Grund genug für das Regionalbüro Berlin-Brandenburg, mit dem Auftakt seiner Veranstaltungsreihe „Musik und Freiheit“ daran zu erinnern. In den Garten des Truman-Hauses in Potsdam lockten die Gäste nicht nur elektronische Klänge, sondern auch eine Videoshow, ein Podiumsgespräch – und Erinnerungen: Vor 25 Jahren brach eine kleine Gruppe unter dem provokanten Motto „Friede Freude Eierkuchen“ auf, um einmal im Jahr mit neuartiger elektronischer Tanzmusik den Berliner Ku’damm in eine Open-Air-Tanzfläche zu verwandeln. Diese erste „Loveparade“ machte die Berliner Technomusik europaweit bekannt. Zur gleichen

Zeit löste sich ein Staat auf, dessen Politik die Stadt geteilt hatte. Die entstehenden Freiräume gaben dieser neuen Musik – in leeren Fabrikhallen – ein Zuhause, das die Berliner Clublandschaft bis heute prägt. Dr. Motte war es, der zunächst den Sound angab. Im Truman-Haus zeigte der DJ in Wort, Bild und Ton, wie frei sich Techno damals anfühlte – moderiert von Radio-Eins-Moderator Volker Wieprecht. Über ihre ganz eigene musikalische Freiheit sprach auch die Wahlberliner Elektro-Musikerin DJ Mary Jane, die Mitte der neunziger Jahre im wiedervereinigten Berlin aus dem Saarland in die Hauptstadt zog. Den klingenden Abschluss des Spätsommerabends bildete ein Empfang am Ufer des Griebnitzsees – begleitet von den sphärisch-elektronischen Klängen der DJane Mary Jane.



Impressionen sind hier zu sehen:
<https://www.flickr.com/photos/friedrichnaumannstiftung/sets/72157647389787821/>



DIE SPRACHE DER LIBERALEN

Die IV. Liberalismus-Konferenz in der Theodor-Heuss-Akademie im Juli widmete sich dem Thema „Die Sprache der Liberalen“. Ziel war, die eigenen kommunikativen Instrumente zu schärfen. Vor rund 50 Teilnehmern referierten: Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie in Allensbach, Dieter Schnaas, Chefreporter der „Wirtschaftswoche“, der Politikberater Dushan Wegner, Christiane Geuting, Kommunikationsberaterin aus Münster, und der familienpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW, Marcel Hafke.

Als Einstieg wagte Dushan Wegner eine entschlackte Definition von „Freiheit“: Menschen erachteten sich als frei, „wenn sie über Handlungsoptionen verfügen, mit denen sie zufrieden sind“. Eine solche „handwerkliche“ Betrachtung sei „nützlich für die Handhabung von Meinungsbildungsprozessen in Deutschland“, damit die Liberalen aus ihrer „Parlaments-Pause“ rasch wieder herauskommen. Freiheit sei in der Bundesrepublik etwas Selbstverständliches geworden. Petersen steuerte Statistik bei: Die meisten Deutschen heute fühlten sich frei – auch „Bürokratie“

werde nicht grundsätzlich als Feindin der Freiheit wahrgenommen. So sei der FDP die „Luftfreiheit“ über den Begriff „liberal“ abhandeln gekommen. Nur 19 Prozent der Deutschen fänden zurzeit, dass die liberale Partei gebraucht wird – das sei der niedrigste Wert in den Allensbach-Umfragen seit 1982. Für viele sei soziale Sicherheit eine Voraussetzung für Freiheit, ergänzte Dieter Schnaas. Vor diesem Hintergrund nannte er den Egoisten-Liberalismus ein Missverständnis, jedoch hätten die „Turbo“-Varianten des Kapitalismus antibürgerliche Züge entwickelt. Wirtschaftliche und politische Freiheit seien nicht mehr Zwillinge, sondern der Liberalismus müsse neu gedacht werden.

So machte die Tagung deutlich, wie die liberalen Begriffe in Bewegung geraten, um Schwarz-Weiß-Zeichnungen und alte Fehler zu vermeiden – und um „Fantasie freizusetzen“ (Schnaas) für einen lebendigen Liberalismus im Hier und Jetzt. Dazu gehört auch der Abschied vom ursprünglich so kraftvollen „Neoliberalismus“: Wegen der negativen Konnotationen ist der Begriff wohl durch keine Kommunikationsstrategie zu retten.

Dr. Erik Meyer, Marcel Hafke MdL,
 Prof. Dr. Wichard Woyke und Sebastian Hahn (von links)



„FÜR VIELE IST SOZIALE SICHERHEIT EINE VORAUSSETZUNG FÜR FREIHEIT.“

DIETER SCHNAAS



Erasmus als Comic-Held

MIT „ANIMATE EUROPE“ WILL DIE STIFTUNG DIE EUROPAMÜDEN AUS DEM SCHLAF REISSEN. DER COMICWETTBEWERB DES DIALOGPROGRAMMS BRÜSSEL WAR EIN GROSSER ERFOLG.

Am 25. Mai 2014 wurde das Europäische Parlament von über 500 Millionen EU-Bürgern in 28 Mitgliedsstaaten gewählt. So viel EU-Demokratie gab es noch nie. Und doch war die Wahlbeteiligung bescheiden, die Europa-begeisterung gering, die Stimmung vielfach von Gleichgültigkeit oder gar Ablehnung geprägt – für Liberale ein kaum erträglicher Befund.

Um gegen die wachsende Europamüdigkeit anzugehen und offensiv für Europa zu werben, rief das Dialogprogramm Brüssel einen ganz besonderen Wettbewerb aus: „Animate Europe“.

„COMICS BIETEN AUCH DENEN EINEN ZUGANG ZUM THEMA EUROPA, DIE NICHT AN ABGEHOBENER POLITIK INTERESSIERT SIND.“

THORSTEN ERNST

Der Comicstrip wird zum innovativen Instrument europapolitischer Bildung

Der neue Comic-Wettbewerb „Animate Europe“ sollte helfen, über den eigenen nationalen Tellerrand hinauszuschauen. Er bietet bis heute Anlässe und Foren, über Europa (neu) zu diskutieren. Es bleibt ein gelungenes Experiment: Comics als Instrumente europapolitischer Bildung können jüngere Europäer erreichen – und damit genau diejenigen, die sich laut Studien in ganz Europa immer weniger für Politik interessieren oder für Europa einsetzen.

„Animate Europe“ übersetzt die Idee und Vision Europas in die populäre Sprache von Bildgeschichten – zum Beispiel einer „schrecklich netten Familie“, die sich zusammenrauft. Ein solcher Comic, der auch ein Augenzwinkern erlaubt, entfernt die europäische Idee aus der sterilen Nachrichtenbox und verfrachtet sie mitten ins heimische Wohnzimmer. „Comics bieten auch denen einen Zugang zum Thema Europa, die nicht an Bürokratie und abgehobener Politik interessiert sind“, sagt der deutsche Fernsehautor Thorsten Ernst. Genau das sei es, was ein liberales Europa in Krisenzeiten braucht: ein neues Medium, das zum Nachdenken anregt und für das Friedens- und Freiheitsprojekt Europa wirbt.

Die Comics zeigten anschaulich, dass Europa jeden Europäer direkt etwas angeht

Der Gewinner des Comic-Wettbewerbs, Marco Tabilio, verkörpert denn auch selbst die Essenz Europas: Er ist gebürtiger Italiener, lebt in Deutschland, zeichnete die Geschichte eines niederländischen Philosophen und füllte die Sprechblasen mit Englisch. Die Bilderfolge „Erasmus and the Seal“, die der 26-jährige Comiczeichner, Illus-

trator und Videokünstler schuf, zeigt, wie der große Aufklärer Erasmus von Rotterdam im Bauch eines Walfischs mit einem Seehund über Europa diskutiert. Dabei geht es immer auch um Europas Brennpunktt Themen: Grenzen, Migration, Währungsunion, Mobilität und die Unterschiede zwischen dem Süden und Norden Europas. Dabei zeigen die Comics neue Zugänge. „Good ideas need doubt!“ – eine gute Idee braucht den Zweifel –, postuliert etwa der kluge Seehund im Comic.

„Comics können ernste Themen transportieren“, befand die polnische Comiczeichnerin Marzena Sowa, die Mitglied der internationalen Fachjury war. Der britische Publizist Paul Gravett fand „die Erzählkunst der Künstler in Wort und Bild bestätigt“. Das Comic habe die Macht, „die unterschiedlichen persönlichen und politischen Einstellungen zu Europa zum Leben zu erwecken“.

Doch nicht nur bei Künstlerkollegen und einem Fachpublikum fand „Animate Europe“ Anklang. Auch der dabei herausgekommene Comicband ist fast vergriffen, und im Internet klickten Tausende auf „Animate Europe“. Die mobile Ausstellung der frisch gezeichneten Comic-Helden erwanderte schon über 30 Orte und zog mehr als 34.000 Besucher an, zum Beispiel anlässlich der Comicmesse in Erlangen, in Schulen oder im Jugendforum des Europäischen Parlaments in Straßburg.

In diesem Jahr 2015 soll die Reise weitergehen, zunächst nach Wien, bevor es über den großen Teich für eine Tour durch die Vereinigten Staaten geht. Auch dort, im Land Walt Disneys, können die Comics Europa erklären helfen und so einen Beitrag zu besseren transatlantischen Beziehungen leisten.



Ein Stiftungsstipendium bedeutet Entfaltungsfreiheit



INITIATIVE INTEGRATION
BEDEUTUNG DES
STIPENDIUMS

Büsra Okcu,
Grundförderung seit 2012,
Soziale Arbeit,
Berlin

„VIELEN DANK, DASS
IHR AN MICH GLAUBT
UND MICH UNTERSTÜTZT
HABT, MIR SELBST ZU
VERTRAUEN!“

Ein Stipendium bedeutet für mich in erster Linie Autonomie. Daneben spielen für mich die Zuversicht und das Vertrauen der Mitarbeiter der Begabtenförderung eine wichtige Rolle. Ich wurde stets gut begleitet und gefördert. Das Interesse an meiner Person, die vermittelten Kernkompetenzen und die Unterstützung beim Netzwerken haben zu dem tragfähigen Fundament für meine berufliche Karriere beigetragen, von der aus ich als angehende Praxisforscherin meine liberale und gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen kann. Ich bin zum Beispiel jetzt aktives Mitglied beim Forum Muslimischer Stipendiatin e.V. Als Stipendiatin hatte ich außerdem die Möglichkeit, den Bundespräsidenten Joachim Gauck persönlich kennenzulernen! Vielen Dank, dass Ihr an mich glaubt und mich unterstützt habt, mir selbst zu vertrauen!

Der Austausch mit Stipendiaten ist wertvoll, da man gemeinsam gleiche aber auch unterschiedliche Erfahrungen teilt und über sich hinauswächst, indem man neue Perspektiven entwickelt. Als Koordinatorin der Initiative Integration ist es mir eine große Freude, unseren Leitgedanken, „Integration als zweiseitigen Prozess“, durch Diskussionsveranstaltungen, Seminare und Textbeiträge der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Durch die Begabtenförderung haben wir die Möglichkeit, Ideen zu äußern und zu realisieren. Durch ein vertrauensvolles und harmonisches Miteinander herrscht eine produktive Arbeitsatmosphäre, die den Willen stärkt, aktiv einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Für mich bedeutete der Rückhalt der Begabtenförderung, dass ich mich sorgenfrei auf meine Masterarbeit und mein damit verbundenes Engagement bei Jangu e.V. in Uganda konzentrieren konnte.

Das Highlight 2014 war die zehntägige Auslandsakademie in Kenia und Uganda, auf der wir 22 Stipendiaten eine spannende politische Safari erlebten. Mein persönliches Anliegen dabei war, Einblicke in die Lebenswelt Ostafrikas zu geben, die Medien nicht vermitteln können. Während der Fahrt sind Kontakte entstanden, die auch nach der Förderung für mein soziales Engagement hilfreich sind. Außerdem konnte unsere Reisegruppe sich von der positiven Energie der Menschen, die vor gewaltigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen stehen, anstecken lassen. So rückten Europa und Ostafrika für viele ein Stück näher aneinander heran.



AUSLANDSAKADEMIE
BEDEUTUNG
STIPENDIUM

Etienne Salborn,
Grundförderung
seit 2012,
Politikwissenschaften,
Innsbruck

„SO LEBT DIE FREIHEIT:
AUF DER BASIS VON
GEGENSEITIGEM RESPEKT,
VERTRAUEN UND
BEGEISTERUNG FÜR
INNOVATIVE IDEEN.“

Auf Strategieforen und Strukturtreffen bekam ich Einblick in das vielfältige Engagement der Stipendiaten: alles junge Menschen, die ihre Chancen nutzen und gestalten! Nun bin ich Mitglied des Sprecherrats, um die guten Rahmenbedingungen für ihr Engagement zu erhalten. Während das Strategieforum der inhaltlichen Planung dient, wählt der Konvent den Sprecherrat und stimmt über große Projekte wie Inlands- und Auslandsakademie ab. So lebt Liberalismus: Auf der Basis von gegenseitigem Respekt, Vertrauen und Begeisterung für innovative Ideen bringen wir gemeinsam immer wieder großartige Projekte auf den Weg.



SPRECHERRAT
STRATEGIEFORUM
KONVENT



**Mareike König, Grundförderung
seit 2012, Psychologie, Mannheim**



SPRECHERRAT
DOKTORANDENAKADEMIE
(TEILNEHMER)
SEMINAR AUSLÄNDISCHER
STIPENDIATENEINFÜHRUNGS-
VERANSTALTUNG



**Clement Compaore,
Promotionsförderung seit 2013,
DaF, München**

Im September 2013 wählten mich die Stipendiaten in den Sprecherrat, unser Selbstverwaltungsgremium. Ich lernte, Veranstaltungen zu planen, umzusetzen und zu evaluieren und als Gestalter außerhalb meines eigenen Forschungsbereichs zu wirken. Darin sah ich vor allem die Chance, internationale Führungserfahrung außerhalb meines Herkunftslandes zu sammeln. Im Sprecherrat war ich sowohl als Ansprechpartner für die Mitpromovierenden und für das Magazin „freiraum“ als auch für die ausländischen Stipendiaten zuständig. Besonderen Spaß hat mir die Mitorganisation der Einführungsveranstaltungen in Potsdam gemacht.

So unterstützt mich die Stiftung auch bei der individuellen Entfaltung – für mich als ausländischer Promotionsstipendiat ist das ein besonderes Privileg. Ich arbeite mit talentierten Menschen aus Deutschland und der ganzen Welt zusammen und reflektiere über Fächergrenzen hinaus. Auf den fünftägigen i-Prom-Doktorandenakademien bekam ich wertvolles Feedback für meine Dissertation. Im Dezember 2014 organisierte ich ein dreitägiges Seminar für die ausländischen Stipendiaten. Ziel war es, verschiedene liberale Kulturrepräsentanten zusammenzubringen, um über Demokratie und Menschenrechte zu sprechen. Das war eine wunderbare Erfahrung.



Junge liberale Griechen erarbeiten Reformvorschläge

WIE INNERPARTEILICHE MITBESTIMMUNG FUNKTIONIEREN KANN, DEMONSTRIERTE DIE „1. LIBERALE JUGENDKONFERENZ“ IN THESSALONIKI.

Moderne, demokratische Gesellschaften zeichnen sich durch Offenheit und Transparenz des politischen Prozesses und eine Vielfalt an Partizipationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger aus. Das politische System in Griechenland funktioniert jedoch anders. Hier bestimmen auch nach über dreißig Jahren EU-Mitgliedschaft die jeweiligen Parteivorsitzenden die Ausrichtung ihrer Parteien, vom politischen Programm bis zur Aufstellung von Kandidaten bei Wahlen. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Parteimitglieder stehen oft nur auf dem Papier. Vor diesem Hintergrund tagte die „1. Liberale Jugendkonferenz“ im September, organisiert vom Griechenland-Projekt der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. In Thessaloniki, das im Jahr 2014 als „European Youth Capital“ (EYC) die Jugend Europas anzog, trafen sich über sechzig Delegierte von liberalen Studentengruppen, Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Gemeinsam mit Vertretern der europäischen liberalen

Jugendorganisation LYMEC debattierten sie einen Forderungskatalog an die Abgeordneten des griechischen Parlaments und die griechische Regierung. Oberbürgermeister Giannis Boutaris hatte dafür den Ratssaal der nordgriechischen Stadt zur Verfügung gestellt.

Politische Debatte der Jungen verlief beispielhaft demokratisch – und leidenschaftlich

Bevor es ins Plenum ging, diskutierten die Teilnehmer die Themen Wirtschaftsförderung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Bildung und Innovation, Staatsreform und Griechenlands Rolle in der Europäischen Union zunächst in Arbeitsgruppen, die Debatte im Plenum verlief leidenschaftlich. So zeigten die engagierten Jungpolitiker der Jugendkonferenz den festgefahrenen Altfunktionären, wie innerparteiliche Demokratie und basisdemokratische Entscheidungsfindung funktionieren kann – und wie sie viele europäische Parteien ganz selbstverständlich praktizieren.

„Das war eine wichtige Lektion in Sachen demokratischer Teilhabe am politischen Prozess“, resümierte der Vizebürgermeister von Thessaloniki, Spiros Pengas, nachdem er bei den Sitzungen der Arbeitsgruppen engagiert mitdiskutiert hatte. „Da dies jedoch keine Simulation war, sondern handfeste reformpolitische Arbeit, macht es das Ergebnis noch bedeutsamer.“ Die Abschlusserklärung, die die griechischen Jungliberalen an alle Abgeordneten des griechischen Parlaments verschickten, fordert außer vielen wirtschaftspolitischen Reformen die Abkehr vom allgegenwärtigen Staatsinterventionismus. Auch die Schaffung von Arbeitsplätzen durch ein investitionsfreundliches Klima und Reformen des griechischen Bildungs- und Verwaltungssystems haben sie den etablierten Kollegen auf die Agenda gesetzt. Schließlich sprachen sich die Jugendlichen eindringlich für eine proeuropäische Orientierung ihres Heimatlandes aus.

„DAS WAR EINE WICHTIGE LEKTION IN SACHEN DEMOKRATISCHER TEILHABE AM POLITISCHEN PROZESS.“

SPIROS PENGAS

Die Junggriechen fordern eine proeuropäische Politik und Wirtschaftsreformen

Der 1. Liberalen Jugendkonferenz vorausgegangen waren die „Liberal Youth Seminars“. Diese zwei- bis dreimal jährlich stattfindende Reihe besteht aus je vier Wochenendseminaren, in denen junge Menschen an liberale Ideen herangeführt und zu einem politischen beziehungsweise zivilgesellschaftlichen Engagement ermuntert werden. Jedes Seminarwochenende ist unterteilt in einen wissenschaftlichen und einen praktischen Teil. Während am Samstag liberal ausgerichtete Referenten Gastvorträge geben, miteinander diskutieren oder Workshops abhalten, steht der Sonntag ganz im Zeichen des Selbermachens. Ein Kampagnen- und Strategieberater bereitet die Teilnehmer dann zum Beispiel, unterstützt von einem Rhetoriktrainer, mit Rollenspielen auf politische Debatten oder Kampagnen vor. Die Jugendseminare der Friedrich-Naumann-Stiftung haben schon einige Teilnehmer motiviert, sich auf kommunaler oder regionaler Ebene zu engagieren und erfolgreich um Mandate zu bewerben.



Spiros Pengas, Vizebürgermeister von Thessaloniki



FREIHEIT IST...

OFFEN DISKUTIEREN





Gewinnerfoto des Wettbewerbs / Rechts: Tsipi Livni, israelische Justizministerin 2013–2014



30 Jahre Stiftungsengagement im Nahen Osten

ISRAELIS UND PALÄSTINENSER ARBEITEN UNTER EINEM DACH IM JERUSALEMBÜRO

Die Mitarbeiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten blicken auf ein schwieriges Jahr zurück. Die immer wieder neu aufflammenden Kämpfe im Gaza-Konflikt zwangen die Projektverantwortlichen, Veranstaltungen zu vertagen oder ganz abzusagen. Aber Jubiläen lassen sich nicht verschieben, und die beharrliche Stiftungsarbeit in dieser schwierigen Region kann auch 2014 Erfolge vorweisen.

In einem aufgeheizten politischen Klima gelang es dem für beide Gebiete zuständigen Jerusalembüro, während der Waffenruhe das 30-jährige Bestehen der Stiftung in Israel ebenso zu würdigen wie das 20-jährige Jubiläum der Zusammenarbeit mit den Partnern im Westjordanland.

In Ramallah lud die Stiftung dazu am 16. September ihre politischen und zivilgesellschaftlichen Partner und Freunde ein. Ein Jahr nach dem Abkommen von Oslo von 1994 hatte die liberale Stiftung ihre Arbeit mit palästinensischen Partnern aufgenommen. Ein Jahr später vereinte die Stiftung, angesichts des damals erfolgversprechenden Friedensprozesses, das Palästina-Projekt mit

Fotowettbewerb zum heiklen Thema Religion und Staat traf einen Nerv

Zu den Erfolgen der Stiftungsarbeit in Israel zählt auch die Fotoausstellung „Religion – Freiheit – Stadt“, die das Jerusalem-Büro im November organisierte. Gezeigt wurden Ergebnisse eines vom Stiftungsbüro ausgeschriebenen Wettbewerbs. Zeitgleich zu Anschlägen und Attentaten setzte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit damit ein Zeichen der Versöhnung. Bei der Eröffnung warnte der Projektleiter der Stiftung, Walter Klitz, davor, den Status quo auf dem Tempelberg zu ändern: „Diejenigen, die das anstreben, spielen mit dem Feuer.“ Die 22 Fotos von israelischen Fotografen – Profis wie Amateuren – illustrieren den facettenreichen Alltag Jerusalems im Spannungsverhältnis von Staat und Religion. Eine Jury wählte aus über 600 eingereichten Beiträgen die besten aus. Noch vor Eröffnung rissen Unbekannte die Veranstaltungsposter ab – offenbar hatte die vielfach ungewohnte Sicht auf das heikle Thema Religion einen Nerv getroffen. Zum online erkorenen Publikums-liebling avancierte das Foto von Hanan Bar Assouline. Die Fotos werden nach verschiedenen Stationen im März 2015 in Tel Aviv gezeigt. Im Mai 2015 sind sie dann in der Geschäftsstelle der Stiftung in Potsdam zu sehen.



Gewinnerfoto des Wettbewerbs

dem Israelprojekt unter dem Dach eines gemeinsamen Büros in Ostjerusalem nahe der grünen Linie. Bis heute ist es einzigartig, denn die anderen deutschen Stiftungen in der Region betreuen die Konfliktgebiete getrennt. In Westjerusalem folgten mehr als 70 Freunde und Partner der Einladung zum 30. Jubiläum der Stiftung und ihres Partners „Be Free Israel“ am 17. September.

Ohne echten Dialog wird es keinen echten Frieden geben

Auf beiden Veranstaltungen diskutierten Politiker und Diplomaten den Misserfolg bei den Friedensbemühungen. Dabei wurde wieder deutlich, wie sehr beide Seiten in ihrer eigenen Perspektive gefangen sind, sodass sie den jeweils eigenen Beitrag zum Scheitern offenbar nicht wahrnehmen.

Die israelische Politikerin Tsipi Livni, bis Dezember 2014 Justizministerin, war als Chefunterhändlerin der Friedensverhandlungen tätig, bis diese im Frühsommer 2014 ausgesetzt wurden. In einer engagierten Rede warb sie eindringlich dafür, den Dialog fortzusetzen, um den Konflikt endlich dauerhaft beenden zu können.

„DIEJENIGEN, DIE DEN STATUS QUO AUF DEM TEMPELBERG ANSTREBEN, SPIELEN MIT DEM FEUER!“

WALTER KLITZ



Gewinnerfotos des Wettbewerbs





Links: Stephan-Andreas Casdorff, Chefredakteur „Der Tagesspiegel“
Oben: Cécile Bonnet (rechts) und Dr. Petra Beckmann-Schulz bei der
Veranstaltung zu Tunesien in Schwerin

Fragen zur Freiheit

DAS REGIONALBÜRO LÜBECK THEMATISIERTE EUROPAS SICHERHEIT ANGESICHTS WELTWEITER KONFLIKTHERDE – IN BERLIN STAND DIE AKTUALITÄT DES LIBERALISMUS IM FOKUS.

Über Konfliktherde sprechen

Die europäische Sicherheitspolitik im Kontext globaler Krisen- und Konfliktherde war im Februar Gegenstand einer Podiumsdiskussion in Hamburg. Sie war auch Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen in Kiel, Greifswald, Fredeburg und Neustadt, welche die Zukunft der europäischen Integration und die Ukraine-Krise thematisierten.

Das Regionalbüro in Lübeck konnte aber noch mit vielen weiteren Angeboten aufwarten: Im Januar diskutierte Cécile Bonnet, FDP-Stadtverordnete in Schwerin und Regionalpatin für das Projekt „Demokratie braucht Frauen“, über die Entwicklung der Frauenrechte in Tunesien nach der Revolution. Das Projekt unterstützt tunesische Frauen mit Seminaren sowie individueller Beratung und hilft bei der politischen Organisation und Partizipation vor Ort.

Im März trafen im Rahmen der Hamburger Kulturgespräche zwei Politiker aus dem nordafrikanischen Raum aufeinander. Ahmed Mohamed Ezzat Abdelhakim, Generalkonsul der Arabischen Republik Ägypten, und Mohamed Imed Torjemane, Konsul der Tunesischen Republik, führten das Podiumsgespräch zur Situation in ihren jeweiligen Ländern und den Umbrüchen in der arabischen Welt. Es handelte sich um eine Kooperationsveranstaltung mit der Euro-Mediterranean-Arab Association.

Der Umgang mit Krisen, Konflikten und internationalen Umbrüchen war auch im Dezember Thema in Kiel. „Die Ukraine und Russland“ galt es zu untersuchen. Zusammen mit dem Institut für Sicherheitspolitik wird diese Reihe „Transformationen und Konflikte in der Welt“ 2015 in Kiel fortgeführt.

IST FREIHEIT ZEITGEMÄSS?

„Freiheit war gestern?“, betitelte der Berliner „Tagespiegel“ das Streitgespräch zwischen dem FDP-Vorsitzenden Christian Lindner und dem Erziehungswissenschaftler und Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, im September. Nach der Eröffnung durch Stiftungs-Vorstandsmitglied Wolf-Dieter Zumpfort ging es ähnlich provokant weiter: „Was ist sozial am Liberalismus?“, erkundigte sich Stephan-Andreas Casdorff, Chefredakteur des „Tagespiegels“, der den Abend moderierte.

Der FDP-Mann musste nicht lange überlegen: Die sozialste Politik nannte er diejenige, die den Menschen in jeder Lebensphase dabei unterstützt, seine Chancen zu nutzen. Damit gab sich Schneider nicht zufrieden. Er brachte das Thema Umverteilung ins Gespräch. „Da ist ein Reicher im Dorf, und das Schwimmbad muss saniert werden“, entwarf Schneider sein Szenario, „wie machen wir’s?“

Schneider bezeichnete es als ungerecht, wenn sich staatliche Transferleistungen am Preisniveau orientierten. Da müssten Verbandsfunktionäre und Politiker auch andere Kriterien heranziehen. Als eines der reichsten Länder der Erde sollte Deutschland in der Lage und willens sein, die sozial Schwachen finanziell stärker zu unterstützen.

Freiheit bedeute immer auch Unordnung, warf Casdorff ein – als Einstieg für die Frage an den Liberalen Lindner, ob das denn gut für eine Gesellschaft sein könne. Auch und gerade freie Menschen, entgegnete Lindner, würden jeden Tag ihre Pflicht tun und freiwillig zu einer solidarischen und humanen Gemeinschaft beitragen. Anders als die anderen Parteien gehe er nicht davon aus, dass Menschen grundsätzlich verantwortungslos und egoistisch handeln und deshalb durch Gesetze und Zwang zu erziehen seien.

Schneider räumte überraschend ein: „Wir brauchen in Deutschland einen institutionalisierten Liberalismus“, also eine politische Kraft, die sich gegen Etatismus und Kollektivismus wende und die Freiheit der Menschen in den Mittelpunkt stelle.

„ALS LIBERALER HABE ICH EIN POSITIVES BILD VOM MENSCHEN UND MISSTRAUE IHM NICHT!“

CHRISTIAN LINDNER MdL



Christian Lindner MdL und Ulrich Schneider, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband





Politisches Theater: eine EU-Familienaufstellung

Liberales Perspektiven

WÄHREND DAS TRANSATLANTISCHE FORUM RAUM FÜR BEGEGNUNG BOT, NUTZTE LIBERALES THEATER IN HANNOVER DIE PSYCHO-PERSPEKTIVE FÜR POLIT-EUROPA.

Eine EU-Familienaufstellung Politisches Theater: „Wie Europa gelingt“

Bereits zum zweiten Mal holte die Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung, ein Bildungsträger für liberale Politik, das Theaterstück „Wie Europa gelingt“ nach Hannover. Unter der Regie der Familientherapeutin Katja Hensel fanden sich sieben EU-Länder zur Therapiesitzung im WGC-Theater ein. Das Ziel der psychotherapeutischen Familienaufstellung ist klar: Europa soll gelingen!

In der kurzweiligen Aufführung zeigten die Schauspieler auf unterhaltsame Art, welche nationalen Besonderheiten die Mitgliedsstaaten Großbritannien, Finnland, Polen, Estland, Slowenien, Spanien und Zypern jeweils ausmachen

– und welche Konflikte daraus entstehen können. Aber das Publikum sah auch, wie wertvoll gerade diese Unterschiede für die Wertegemeinschaft Europa sind. Angesichts der lebhaften, oft auch lautstarken Auseinandersetzung ihrer „Klienten“ – auch die ewige EU-Kandidatin Türkei hat einen Gastauftritt – ist es für die Therapeutin Hensel ein harter Job, zu vermitteln, zu schlichten, zu trösten, zu ermutigen. Bis er endlich auf dem Papier steht: der Vertrag von Lissabon mit (damals) 27 Mitgliedsstaaten der EU-Grundlagenvertrag. Und sich in seiner Substanz irgendwie vernachlässigt fühlt. Die Regisseurin Katja Hensel spielt ihn selbst, und die Beziehungsarbeit fruchtet: Sie, also er, der EU-Vertrag, bekommt genug Zuspruch seiner Mitglieder – und endlich den Grundkonsens, dass Europa gelingt.

Der Saal war ausverkauft. Zur Premiere kamen für ein Grußwort der Vorsitzende des Vorstandes der Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung, Peter-Jürgen Rau, und die Europa-abgeordnete Gesine Meißner, die nach dem Stück auch noch zur Diskussion mit den Schauspielern zur Verfügung standen – damit Europa weiter gelingt.

RAUM FÜR TRANSATLANTISCHE BEGEGNUNG

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bewährte sich auch 2014 wieder als Begegnungsort für liberale Reflektion und freiheitliche Perspektiven in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach. Zu den Höhepunkten zählte die internationale Tagung zu den transatlantischen Beziehungen und eine Konferenz zur „Sprache der Liberalen“.

Rund 4500 Menschen besuchten insgesamt die mehr als 140 politischen Bildungsveranstaltungen der Akademie, darunter auch der US-Generalkonsul aus Düsseldorf: Stephen A. Hubler sprach zur Einführung des ersten Transatlantischen Forums im Mai über „Die USA vor den Midterm-Elections“. Er erläuterte die Bedeutung amerikanischer Strukturphänomene wie den Amtsinhaber-Bonus in Abgeordnetenhaus und Senat und informierte über Verluste der Demokratischen Partei, die dem amtierenden US-Präsidenten die Arbeit erschweren. Anschließend

„NATIONALE BESONDERHEITEN UND IHRE UNTERSCHIEDE SIND WERTVOLL FÜR DIE WERTEGEMEINSCHAFT EUROPA.“

KATJA HENSEL

zeigte Richard Herzinger, US-Korrespondent der „Welt“, mit einem pointierten, meinungsstarken Vortrag, welches Bild die Deutschen sich gemeinhin von den Vereinigten Staaten machten – und wie dieses zwischen Pro- und Antiamerikanismus schwanke. Er erinnerte an die Zeit der Euphorie während des Kalten Krieges, als die Bundesrepublik sich an den „großen Bruder“ anlehnte. Als Höhepunkt dieser Phase nannte der Journalist den umjubelten Besuch von Präsident John F. Kennedy in Berlin 1963. Dann kam der Vietnamkrieg – und die Anti-Kriegs-Proteste. Ende der 1960er Jahre gingen die Deutschen nicht mehr für den US-Präsidenten, sondern gegen die US-Politik, und in den 1980ern gegen die Nachrüstung auf die Straße. Die Proteste haben nach Ansicht Herzingers die Grundlage für den Antiamerikanismus in Deutschland gelegt, der sich auch heute, zum Beispiel bei prorussischen Sympathien im Verlauf der Ukraine-Krise zeigt. Angesichts ihrer „neuen deutschen Selbstzufriedenheit“, meinte Herzinger, hätten viele Bundesbürger vergessen, wie sehr sie vom amerikanischen „Way of Life“ profitierten – und auf den US-militärischen Schutz der führenden Nato-Macht angewiesen gewesen sind. Ohne die Vereinigten Staaten, erinnerte der Journalist, hätte (West-)Deutschland nach dem Krieg „den Weg in die Moderne“ nicht so schnell bewältigen können.



Axel Hoffmann, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender 2003–2014

FREIHEIT IST...





VERANTWORTUNG
ZEIGEN



Barun Mitra, Präsident des Liberty Institute India

Mit Eigentumsrechten gegen Armut

WIE AUS ARMEN BAUERN EIGENVERANTWORTLICHE LANDWIRTE WERDEN: IN INDIEN UNTERSTÜTZT DIE STIFTUNG EIN URLIBERALES PROJEKT

Seit 2011 unterstützt das Liberty Institute, ein Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, indische Bauern dabei, ihren Grund und Boden offiziell zu registrieren. Regionalbüroleiter Ronald Meinardus sprach mit Barun Mitra, dem Präsidenten des Liberty Institute, über das Projekt.

Herr Mitra, Sie helfen marginalisierten Bauern in Indien, Eigentumsrechte an dem von ihnen beackerten Land zu erwerben. Wie funktioniert das?

Viele der Bauern besitzen keine Eigentumsrechte und folglich investieren sie auch nicht in das Land. Sie leben in ständiger Angst, von staatlichen Stellen vertrieben zu werden und gelten als Bürger zweiter Klasse. Seit einige Bauern Landtitel erworben haben, ist ihre Situation ganz anders. Plötzlich behandelt man sie mit Respekt, wenn sie bei den Behörden vorsprechen. Außerdem beginnen sie zu investieren, Zäune zu bauen, Brunnen zu graben. Manche planen, solarbetriebene Wasserpumpen zu kaufen. Und nach und nach steigen ihre Einkommen. Das ermutigt andere arme Bauern. Ganze Gemeinden gewinnen Selbstvertrauen und klagen ihre Rechte ein.

Es gibt viele Programme, die Armut der Bauern zu bekämpfen. Was ist hier anders?

Die meisten konventionellen Armutsbekämpfungsprogramme basieren auf staatlichen Subventionen. Korruption und Ineffizienz verhindern, dass das Geld bei den Menschen in Not überhaupt ankommt. Bei uns fließt fast kein Steuergeld – wir setzen auf Eigeninitiative. Beamte halten oft nicht viel von dem Projekt, bei dem die Betroffenen ihre Ansprüche selbst geltend machen müssen.

Für Liberale ist das Recht auf Eigentum ein Menschenrecht und Privateigentum ein Schlüssel zur wirtschaftlichen Entwicklung. Sehen Sie das auch so?

Ja. Eigentumsrechte sind eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Ich finde aber, dass viele Liberale es versäumt haben, die politische Dimension klar zu machen. Nach Jahrzehnten des Leidens und der Marginalisierung im Zuge der anhaltenden Missachtung und Erosion der Eigentumsrechte ergreifen viele Menschen in Indien jetzt erstmals die Initiative! Sie streiten für ihre Rechte als Bürger. Das schafft ein ganz neues Selbstvertrauen – auch auf der politischen Ebene: Sie nehmen sich als Bürger einer freien und demokratischen Republik wahr. Subventionen und Sozialprogramme hingegen fördern Abhängigkeit vom Staat. Viele Arme begreifen allmählich, dass auch sie gleichberechtigte Bürger sind – und verlangen den Schutz ihres Grund und Bodens.

„VIELE ARME INDIEN ERGREIFEN ERSTMALS INITIATIVE UND STREITEN FÜR IHRE BÜRGERRECHTE.“

BARUN MITRA



Auf den Zusammenhang von Eigentumsrechten und wirtschaftlicher Entwicklung hat vor allem der peruanische Ökonom Hernando de Soto hingewiesen. Folgen Sie seinen Vorgaben?

Ja, wir versuchen diese Theorie bei der Bedeutung der Eigentumstitel zu berücksichtigen. Es gibt aber einen wichtigen Unterschied: Das indische Gesetz von 2006, das die Grundlage unserer Kampagne ist, ist nicht das Werk einer aufgeklärten politischen Führung, sondern auf Druck von unten verabschiedet worden. Das macht unseren Ansatz auch politisch so erfolgreich.

Sie sind seit vielen Jahren Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Wie wichtig ist die Zusammenarbeit mit der Stiftung für Sie?

Die Stiftung hat eine wichtige Rolle für dieses Projekt gespielt. Sie hat uns geholfen, die Bevölkerung mit Seminaren und Workshops über die Bedeutung von Eigentumsrechten aufzuklären und, seit 2009, den „International Property Rights Index“ auf Indisch zu veröffentlichen. Vor kurzem erreichte uns eine Anfrage des Stiftungs-Regionalbüros in Afrika. Vielleicht macht unser Ansatz auch in Afrika Schule.



Klima ist ein Thema!

**EIN NEUES DIALOGPROJEKT IN KAIRO SETZT
UMWELTPOLITIK AUF DIE ÄGYPTISCHE AGENDA.**

Ägypten blickt zurück auf turbulente, chaotische und leider auch gewaltsame Jahre politischer Neuanfänge. Das Land hat sich auf den Weg zu einer neuen Ordnung begeben. Diese Entwicklung hat ihren Preis. Zurzeit ist die ägyptische Gesellschaft tief gespalten. Darunter leidet auch die öffentliche Debatte. Nur noch wenige Fragen werden überhaupt diskutiert, und für komplexere Themen wie die globale Klimaerwärmung gibt es kaum Interesse. Das ist angesichts der unsicheren Lage zwar nachvollziehbar, aber gefährlich, denn dieses bevölkerungsreichste arabische Land ist stark von deren Konsequenzen betroffen. Die Verschmutzung der Umwelt stellt gerade in Ägypten mit seiner weiter wachsenden Bevölkerung ein großes Problem dar. Die Luftqualität wird schlechter, und die Reinheit des ohnehin knappen Wassers ist gefährdet. Darüber wird aber kaum in der Öffentlichkeit gesprochen – ein umweltpolitischer Diskurs fehlt fast völlig.

Gruppenexperiment überbrückt ideologische Gräben

Hier setzt das Klimaprojekt „National Dialogue on Climate Change in Egypt“ (NDCCE) an: Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit verfolgt dabei einen ungewöhnlichen „Allparteien-Ansatz“. Im Rahmen dieses Projekts finden Vertreter der elf wichtigen politischen Parteien der Zivilgesellschaft in einem gemeinsamen Dialog zusammen. Die unter dem Dach der Stiftung vereinten Gesprächspartner haben zwar unterschiedliche ideologische Hintergründe, sind aber alle gleichermaßen vom Klimawandel und seinen Folgen betroffen. Damit betritt das Regionalbüro in Kairo Neuland: Erstmals arbeitet die Stiftung hier mit Vertretern unterschiedlich-

in Egypt“ entstehen, die dann den Abschluss des gesamten Projekts bildet. Die Beschäftigung mit den Folgen des Klimawandels wirkt auf zweifache Weise: Einerseits auf der gesellschaftlichen Ebene, indem die Teilnehmer zum Konsens finden und etwas Konstruktives anstelle der Spaltung erfahren – andererseits auf der parlamentarischen Arbeitsebene. Durch jahrelange Mitarbeit erwerben die Teilnehmer eine Expertise, die sie später zu innerparteilichen Umweltexperten qualifiziert. So können sie die umweltpolitische Debatte parteiintern und darüber hinaus als Multiplikatoren fortführen – und dazu beitragen, die wichtigen Themen Klimawandel und Umweltschutz in den öffentlichen Diskurs zurück zu holen.



ter politischer Ziele zusammen. So wird ein möglichst breites politisches Spektrum abgedeckt. Die Repräsentanten der ägyptischen Parteien waren von Anfang an beteiligt. Nun gilt es, diese Gruppe langfristig an das Projekt und somit aneinander zu binden, um ein Wir-Gefühl und schließlich ein Team entstehen zu lassen, das die Probleme nicht nur diskutiert, sondern löst. Wenn die Vertreter unterschiedlicher parteipolitischer Ideologien erleben, dass Zusammenarbeit und Dialog tatsächlich funktionieren, kann dies nicht nur eine nachhaltige Wirkung im politischen Diskurs entfalten, sondern auch einer noch tieferen Spaltung in Ägypten entgegenwirken.

Langfristig angelegt: Echter Dialog braucht Zeit

Teambildung und Gruppenarbeit brauchen Zeit. Das Klimaprojekt in Kairo ist deshalb auf fünf Jahre angelegt. Jedes Jahr steht ein anderes Problem der Klimaveränderung im Mittelpunkt. Am Ende jedes Jahres veröffentlichen die Teilnehmer eigene Ansätze und Gesetzesvorschläge zur jeweils behandelten Thematik. Aus diesen Bausteinen soll eine „National Agenda on Climate Change

„VERSCHMUTZUNG
DER UMWELT IST
EIN GLOBALES
PROBLEM, DAS NICHT
AN LÄNDERGRENZEN
AUFHÖRT.“

MANFRED RICHTER



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger mit den Preisträgern



Prof. Dr. Lord Ralf Dahrendorf, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit von 1982–1987

Fortschritt und „Lebenschancen“

WIE SAH FORTSCHRITT GESTERN AUS? WAS HEISST LIBERALISMUS HEUTE? JUNGE FOTOGRAFEN UND ALTE PHILOSOPHEN SUCHEN ANTWORTEN.

„Was ist Fortschritt?“

Zum Auftakt des diesjährigen Stipendiatenballs im Sommer fand erstmals die Preisverleihung zum Fotowettbewerb statt, den die Virtuelle Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit alle zwei Jahre ausrichtet. „Was ist Fortschritt?“ war diesmal das Thema. Zum Erfolg dieser neuen Kooperationsveranstaltung zwischen dem Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten e.V. (VSA) und der Virtuellen Akademie trug die gute Arbeit der Virtuellen Akademie bei.

„EIN AUFGEKLÄRTER LIBERALISMUS MUSS DIE GENERATIONENGERECHTIGKEIT ALS NEUE SOZIALE FRAGE DES 21. JAHRHUNDERTS BERÜCKSICHTIGEN.“

OTFRIED HÖFFE

Der Fotowettbewerb richtete sich an Jugendliche aus ganz Deutschland. Sie waren aufgerufen zu zeigen, was Fortschritt aus ihrer Sicht bedeutet. Neben einer aussagekräftigen Fotografie war auch ein kurzer, prägnanter Text gefragt. Die Qualität der Beiträge von Stella Danek, Lisa Wittmann, Arian Henning, Robert Hamman und Elisabeth Fleck konnte die Jury besonders überzeugen. Als Schirmherrin des VSA-Balles rief die ehemalige Bundesministerin der Justiz und Vorstandsmitglied Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) in ihrer Festrede die Stipendiaten zu politischem Engagement für die liberale Sache – gerade auch in schwierigen Zeiten – auf. Leutheusser-Schnarrenberger war es auch, die den fünf ausgezeichneten Jungfotografen die Preise überreichte. In ihrer Laudatio zeigte sie sich beeindruckt von der Qualität und Tiefe der Beiträge zum Thema Fortschritt: „Viele der Fotografien beschäftigen sich auch mit der Vergangenheit, oder genauer: mit vergangenem Fortschritt“, sagte die FDP-Politikerin. „Sie konzentrieren sich nicht auf spektakuläre technische Neuerungen. Kein Computer war zu sehen, kein Smartphone, keine ‚Google Glasses‘.“

SOZIALE FRAGE ALS LIBERALE CHANCE

Anlässlich des 85. Geburtstags und des fünften Todestags von Ralf Dahrendorf lud die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gemeinsam mit der „Badischen Zeitung“ zur dritten „Lord Ralf Dahrendorf Lecture“ ein. Das Regionalbüro Stuttgart organisierte diese Veranstaltung. Hauptredner war diesmal der Tübinger Philosoph Otfried Höffe, der einen weiten Bogen von Aristoteles über Kant bis zum Dahrendorf’schen Chancenbegriff schlug. Höffe interessierten dabei vor allem die Grundwerte einer demokratischen Gesellschaft. Er fragte, welche Voraussetzungen nötig sind, um Lebenschancen zu verwirklichen. Lord Dahrendorfs „Lebenschancen“ gehören zu den liberalen Kernbegriffen, und dieses Thema beschäftigte auch das Podiumsgespräch im Anschluss, moderiert vom Chefredakteur der „Badischen Zeitung“, Thomas Hauser. Der „Wirtschaftswoche“ Lars Feld, Direktor des Walter-Eucken-Instituts, und der Fraktionschef der FDP/DVP, Hans-Ulrich Rülke, diskutierten mit Höffe über „Bildung



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger nahm das Lebensgefühl der jungen Preisträger auf und ließ sich zum Nachdenken anregen: „Sie sehen viele Aspekte, die im Streben nach immer neuen Innovationen in der Hektik des Alltags oft untergehen. Sie lassen uns darüber nachdenken, ein wenig langsamer zu hasten, um den Blick und die Lehren aus vergangenen Zeiten mitzunehmen.“

als Chance und als Voraussetzung für weitere Chancen“. Der Philosoph forderte einen „aufgeklärten Liberalismus“, der „Generationengerechtigkeit als neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ erkennt. Ein solcherart zeitgemäßer Liberalismus müsse die Nachhaltigkeit in ökologischer und fiskalischer Hinsicht berücksichtigen. So erhielt die Debatte um die Zukunft des Liberalismus an diesem Abend gehaltvolle neue Nahrung.

A hand is shown touching a digital interface, with a finger pressing a point that triggers a series of concentric white circles. The background is a light blue gradient, and a network of white dashed lines connects various white circles across the frame, creating a sense of interconnectedness and digital structure.

TRANSPARENTE STRUKTUREN

Für die Renaissance des politischen Liberalismus

INTERVIEW MIT DEM VORSITZENDEN DER STIFTUNG, DR. WOLFGANG GERHARDT, ZUR KÜNFTIGEN ARBEIT DER STIFTUNG



Dr. Wolf-Dieter Zumpfort, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Steffen Saebisch, Dr. Wolfgang Gerhardt und Manfred Richter (v.l.n.r.)

Dr. Wolfgang Gerhardt, welche Ziele verfolgt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in diesen für den Liberalismus schwierigen Zeiten?

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit will einen wahrnehmbaren Beitrag zur Renaissance des politischen Liberalismus in Deutschland leisten. Sie will mehr und mehr Menschen wieder für freiheitliche Ideen und Lösungsansätze als Antworten auf die alltäglichen Herausforderungen und die Fragen unserer Zeit gewinnen.

Wie sollen diese Ziele erreicht werden?

Der im September neu gewählte Vorstand hat gemeinsam mit dem neu eingesetzten Hauptgeschäftsführer im Meinungsaustausch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit unserem liberalen Umfeld zügig begonnen, interne Arbeitsprozesse besser zu strukturieren und eine neue thematische Stiftungsagenda erarbeitet, die die Kernkompetenzen der Liberalen klar und deutlich machen soll.

Wie sieht die inhaltliche Neuausrichtung aus?

Thematisch konzentriert sich die Stiftung in den kommenden Jahren auf die vier Kernthemen Bildung, soziale Marktwirtschaft, offene Gesellschaft sowie Europa &

Internationales. Über 70 Prozent der rund 1000 Veranstaltungen des Bildungsprogramms im Inland werden diese Themen aufgreifen, auch in neuen Veranstaltungsformaten; darüber hinaus gibt es weiterhin ein Angebot an Trainingsprogrammen für praktisches politisches Handeln. Dazu werden die Öffentlichkeitsarbeit und die Regionalbüros verstärkt und das Magazin „liberal – Debatten zur Freiheit“ deutlich in der Auflage erhöht.

Geht die Stiftung auch neue Wege in der Kommunikation?

Auch das: Für das Jahr 2015 ist ein umfassender Ausbau der digitalen Kommunikation vorgesehen. Dazu zählen die Neukonzeption der Stiftungswebsite sowie ein deutlich erweitertes Multimedia-Angebot zur nutzergerechten Vermarktung der Veranstaltungen und Positionen der Stiftung. Wir sollten als Stiftung ein umfassendes Bild freiheitlicher Politik und Haltung prägen und nutzen die gesamte Breite kommunikativer Möglichkeiten.

Besitzt die Stiftung dafür auch die notwendigen finanziellen Ressourcen?

Unser bisheriger Geschäftsführender Vorstand Rolf Berndt hat in den Verhandlungen zum Verteilungsschlüssel der politischen Stiftungen in den Jahren 2015 bis 2018 erreicht, dass unsere Quotierung trotz des Ausscheidens der FDP aus dem Deutschen Bundestag nur marginal gesunken ist. Darüber hinaus wurden die Haushaltsverhandlungen für 2015 mit einem erfreulichen Ergebnis für die Stiftungen beendet, sodass wir an Gestaltungsspielraum gewonnen haben, um dem politischen Liberalismus in Deutschland wieder Gewicht zu verleihen.

An dieser Stelle möchte ich Rolf Berndt nicht nur für den Erfolg bei den Quotierungsverhandlungen, sondern auch für sein unermüdliches Engagement in seiner 19-jährigen Amtszeit als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied ganz herzlich danken und wünsche ihm alles Gute im verdienten Ruhestand. Ebenso herzlich danke ich Irmgard Schwaetzer, Axel Hoffmann und Peter Röhlinger, die sich in den vergangenen Jahren ebenfalls mit viel Herz und Leidenschaft im Vorstand unserer Stiftung eingebracht haben. Auf die Zusammenarbeit mit unserem neuen Hauptgeschäftsführer Steffen Saebisch freue ich mich. Sie hat gut begonnen, und der Vorstand arbeitet vertrauensvoll zusammen.

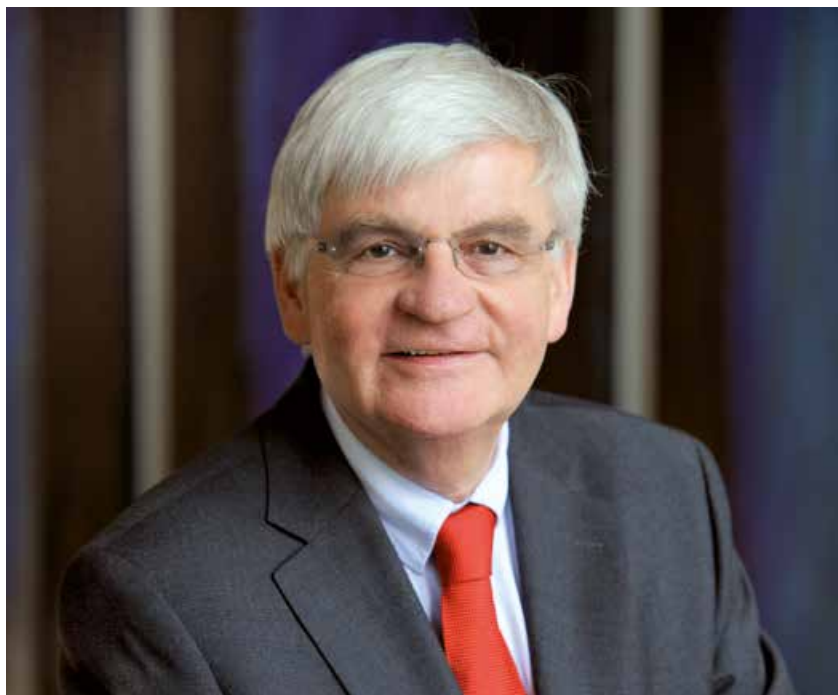
Bericht des Kuratoriums

DIE FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT STAND 2014 GANZ IM ZEICHEN VON NOTWENDIGEN VERÄNDERUNGEN

Für das Kuratorium galt und gilt es, die Stiftung schlagkräftig aufzustellen, um in den kommenden Jahren den ihr größtmöglichen Beitrag zur Renaissance des politischen Liberalismus in Deutschland zu leisten.

In den drei regulären Sitzungen konzentrierte sich das Kuratorium als höchstes Beschlussorgan unter Vorsitz von Professor Jürgen Morlok auf die Beratung der Strategie in den kommenden Jahren und befasste sich auf Grundlage der Vorberatungen in den Ausschüssen Programm und Finanzen insbesondere mit der Themenagenda, Veranstaltungsformaten und der Kommunikation der Positionen und Angebote der Stiftung sowie der dafür notwendigen Finanzausstattung. Es begleitet damit intensiv den Vorstand bei der Initiierung und Umsetzung der Veränderungsprozesse.

In mehreren Sondersitzungen beschlossen die Gremien auch institutionelle Änderungen: Das Kuratorium verkleinert sich bis Ende 2016 von 29 auf 21 Mitglieder; Ende 2014 gehörten ihm 26 Mitglieder vornehmlich aus den Bereichen Politik, Medien, Wissenschaft, Marketing, mittelständische Unternehmen und Kultur an. Die Reduzierung des Vorstandes von sieben auf fünf Mitglieder wurde bereits mit den vorgezogenen Neuwahlen Ende September 2014 vollzogen; das Kuratorium bestätigte dabei Wolfgang Gerhardt als Vorsitzenden. An die Stelle des Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes ist die Funktion des Hauptgeschäftsführers getreten: Der Vorstand hat mit dieser Aufgabe in enger Abstimmung mit dem Kuratorium den früheren hessischen Wirtschaftsstaatssekretär Steffen Saebisch betraut.



Prof. Dr. Jürgen Morlok, Vorsitzender des Kuratoriums seit 1996

Überblick über das Kuratorium

Stand: 19.12.2014

Vorsitzender:

Prof. Dr. Jürgen Morlok

Ehrenvorsitzender:

Dr. h. c. Walter Scheel

Stellvertretende Vorsitzende:

Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss und Liane Knüppel

Weitere Mitglieder:

Christel Augenstein, Dr. Gisela Babel, Dr. h.c. Hinrich Enderlein, Richard Fudickar, Prof. Dr. Helmut Haussmann, Dr. Peter Jeutter, Detlef Kleinert, Karl-Ulrich Kuhlo, Alexander Graf Lambsdorff MdEP, Heinz Lanfermann, Christian Lindner MdL, Michael Georg Link, Dr. Anita Maaß, Gisela Piltz, Walter Rasch, Dr. Horst Rehberger, Hermann Rind, Dr. Fritz Schaumann, Renate Schneider, Dr. Hermann Otto Solms, Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Ruth Wagner, Joachim Werren

Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen

DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT, HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG UND DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG HABEN IHR SELBSTVERSTÄNDNIS FORMULIERT.

Ihre gemeinsame Erklärung ist Standortbestimmung, Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

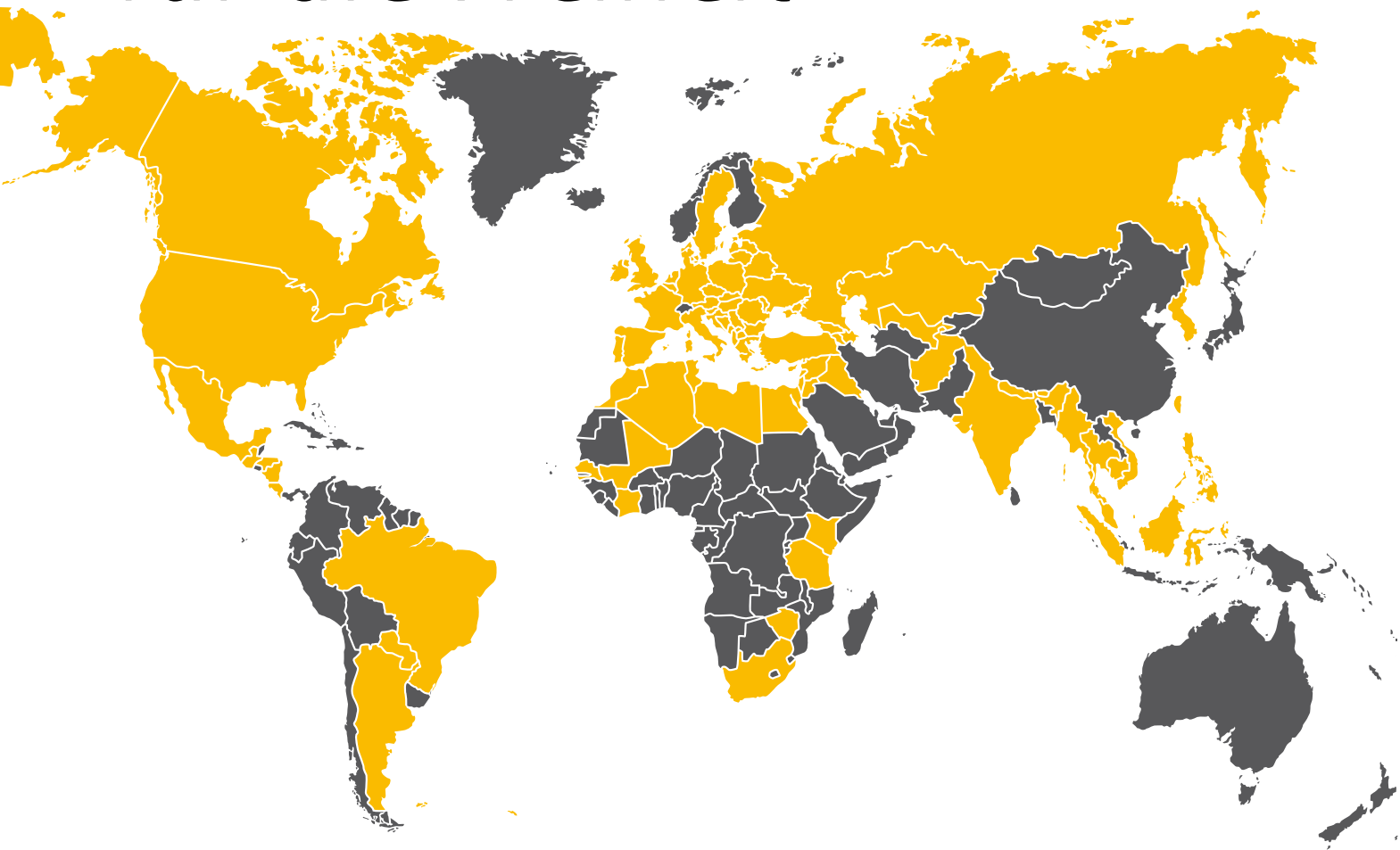
Die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung sind die der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich-Sozialen Union in Bayern, der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke nahestehenden politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenschaftstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;

- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
 - mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.
- Es gehört zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Weltweit engagiert für die Freiheit



Projektländer

Albanien	Irak	Moldau	Tadschikistan
Ägypten	Irland	Montenegro	Tansania
Algerien	Israel und palästinensische Autonomiegebiete	Myanmar	Thailand
Argentinien	Italien	Nepal	Tschechische Republik
Armenien	Jordanien	Nicaragua	Tunesien
Aserbaidshan	Kambodscha	Niederlande	Türkei
Bangladesch	Kanada	Nordkorea	Ukraine
Belgien	Kasachstan	Österreich	Ungarn
Bhutan	Kenia	Pakistan	Usbekistan
Bosnien-Herzegowina	Kirgisistan	Paraguay	Vereinigte Staaten
Brasilien	Kosovo	Philippinen	Vereinigtes Königreich
Bulgarien	Kroatien	Polen	Vietnam
Costa Rica	Lettland	Portugal	Weißrussland
Dänemark	Libanon	Rumänien	Zypern
Deutschland	Libyen	Russland	
Elfenbeinküste	Litauen	Schweden	
Estland	Luxemburg	Senegal	
Finnland	Malaysia	Serbien	
Frankreich	Malediven	Spanien	
Georgien	Mali	Simbabwe	
Griechenland	Malta	Slovenien	
Guatemala	Marokko	Slowakische Republik	
Honduras	Mazedonien	Südafrika	
Indien	Mexiko	Südkorea	
Indonesien		Syrien	



Regionalbüros

Berlin
Garmersbach
Halle
Hannover
Lübeck
München
Potsdam
Stuttgart
Wiesbaden

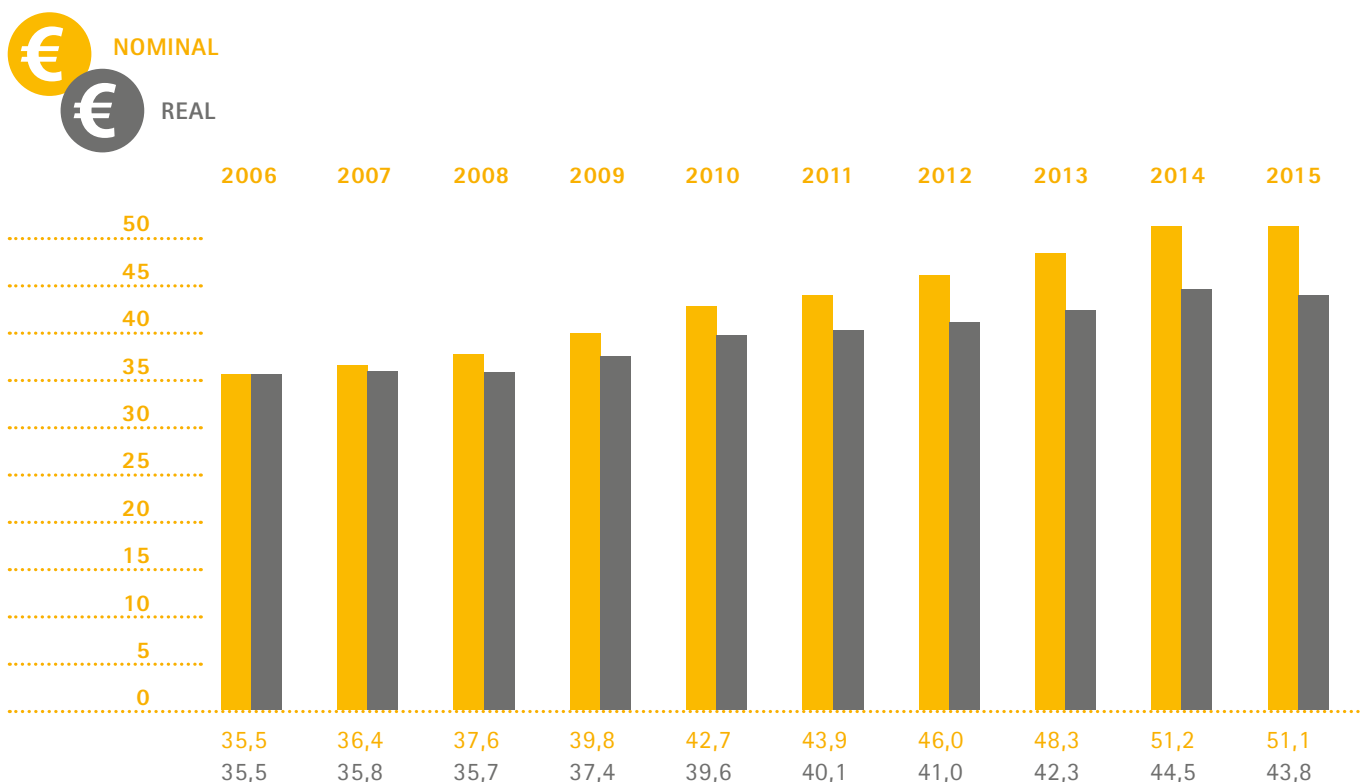
Die liberale Bilanz

DIE MITTEL ZUM ZWECK

Die Zuwendungen von Bund und Ländern an die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sind in den letzten neun Jahren nominal um insgesamt 44,2 % gestiegen, aber real nur um 25,4 %.

Das Volumen der im Jahre 2014 verfügbaren finanziellen Mittel lag damit unter Einbeziehung der Inflationsraten um 9,0 Mio. € über dem des Jahres 2006.

Die Entwicklung der Bundes- und Landeszuwendungen 2006–2014



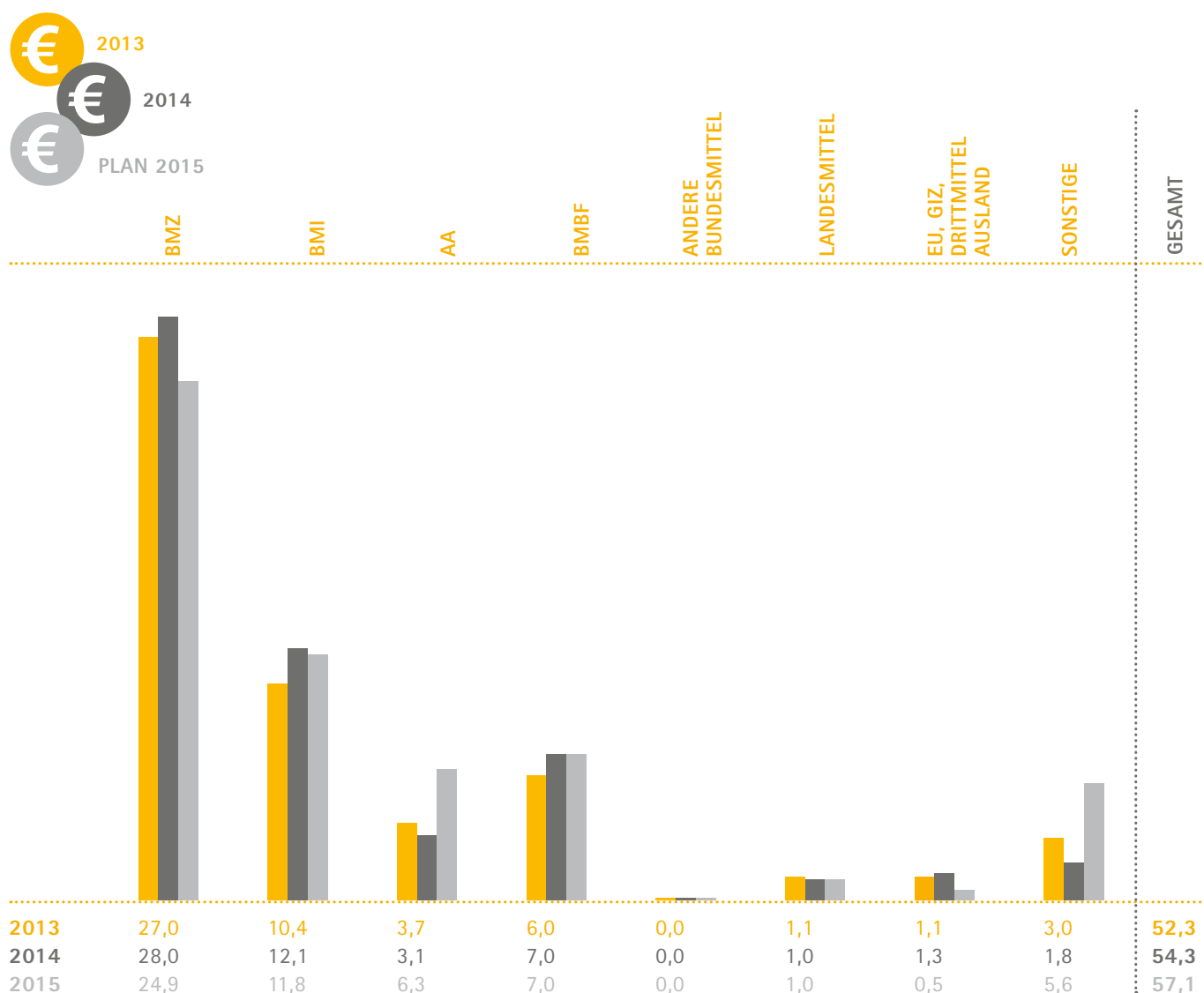
Angaben in Millionen Euro

DER QUELLENNACHWEIS

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erzielte im Haushaltsjahr 2014 Einnahmen in Höhe von 54,3 Mio. €. Davon bezog sie – gemäß ihrem Aufgabenschwerpunkt – 51,6 % der Mittel vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Gegenüber 2013 bedeutet dies eine Erhöhung der Einnahmen um 1,0 Mio. €. Der Anteil der Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern betrug 22,3 % und lag damit bei 12,1 Mio. €.

Die Zuwendungen des Auswärtigen Amtes verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. €. Der Anteil an den Gesamteinnahmen betrug 5,7 %. Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bereitgestellten Mittel beliefen sich auf 12,9 % der Gesamteinnahmen. Daraus ergab sich eine Anhebung der Zuwendung von 1,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Die Landesmittel mit 1,8 % der Gesamteinnahmen sanken zum Jahresvergleich um 0,1 Mio. € und lagen damit bei insgesamt 1,0 Mio. €. Die Zuwendungen der EU und Anderer lagen mit 1,3 Mio. € um 0,2 Mio. € über dem Vorjahr und betrugen 2,4 % der Gesamteinnahmen. Die sonstigen Einnahmen mit 3,3 % verringerten sich von 3,0 Mio. € auf 1,8 Mio. €.

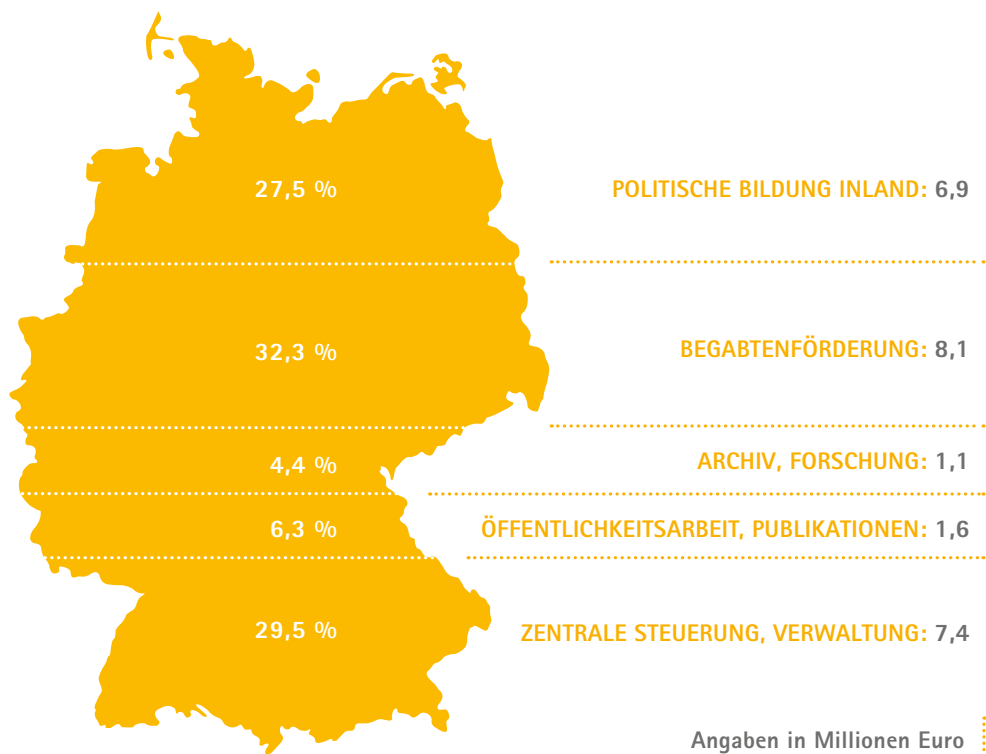
Die Zusammensetzung der Einnahmen 2013/2014 (2015 Plan)



Angaben in Millionen Euro

AUFGABENFELDER IN DEUTSCHLAND

Aufteilung der Mittel in Deutschland nach Aufgaben



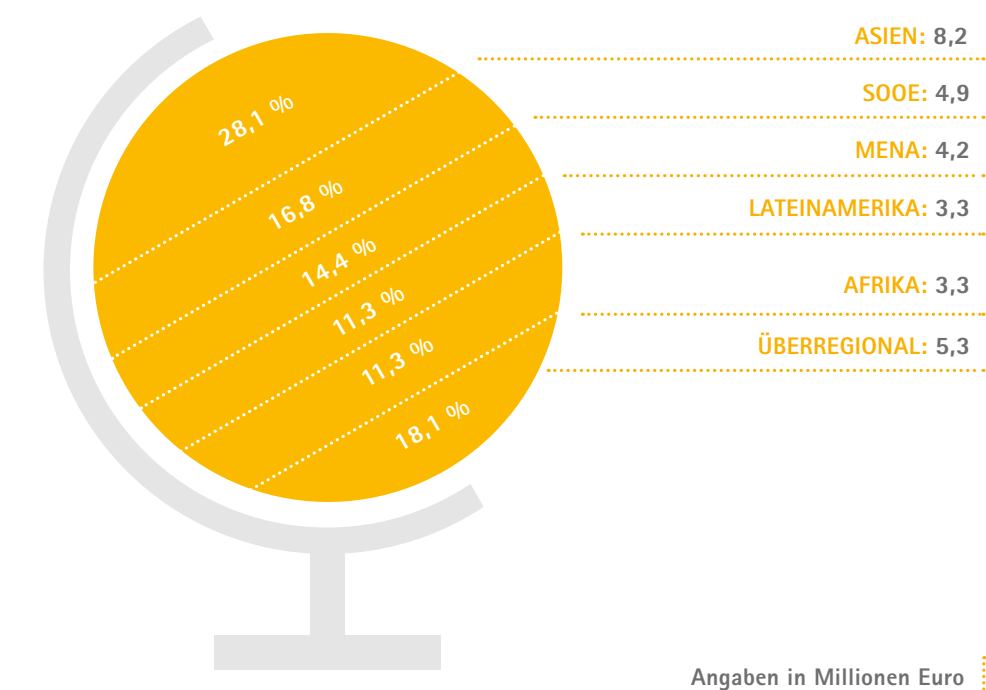
Im Jahre 2014 umfassten die im Inland ausgegebenen Mittel 25,1 Mio. €. Dieser Betrag entsprach 46,2 % der Gesamteinnahmen.

Die Aufwendungen für die zentrale Steuerung einschließlich der Planung und Steuerung der Auslandsarbeit sowie die Verwaltung der Infrastruktur beliefen sich im Berichtsjahr auf 13,6 % der Gesamteinnahmen.

GESAMT: 25,1

EINSATZGEBIETE WELTWEIT

Die Aufteilung der Auslandsmittel regional



Der Finanzmitteleinsatz in Höhe von insgesamt 29,2 Mio. € entsprach 53,8 % der Gesamteinnahmen. Das als „überregional“ bezeichnete Segment beinhaltet die Aktivitäten des Regionalbüros Europäische Institutionen und Nordamerika, der Internationalen Akademie für Führungskräfte sowie internationale Besuchsprogramme und Konferenzen.

GESAMT: 29,2

GESAMT IN- UND AUSLAND

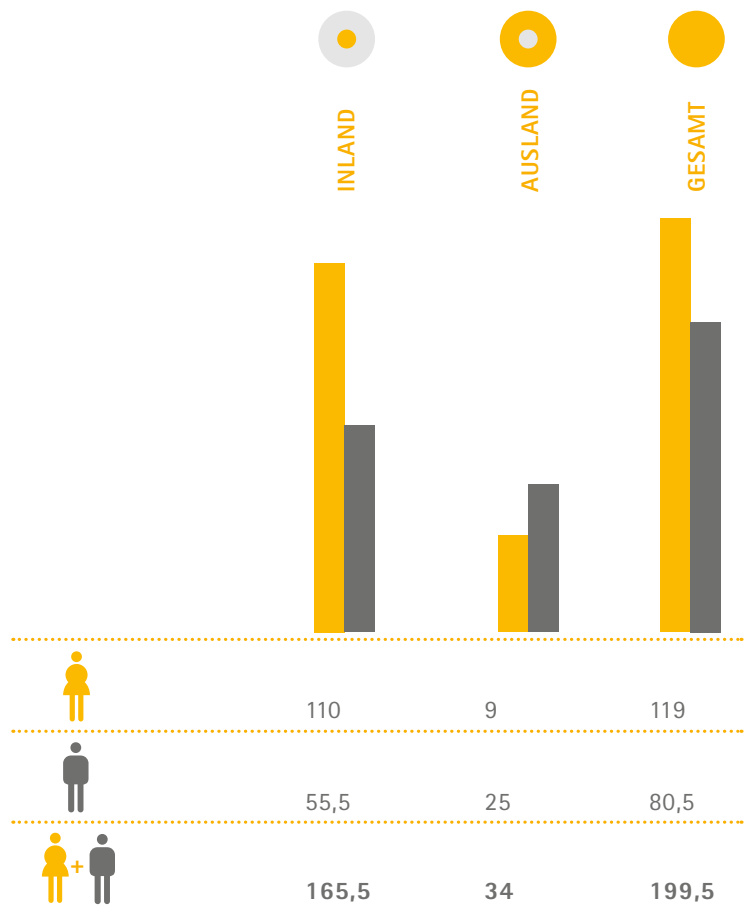
Angaben in Millionen Euro

GESAMT: 54,3

GRUNDLAGE FÜR ERFOLG

Stellenentwicklung / Mitarbeiter

Die Personalarbeit des Jahres 2014 war in den ersten neun Monaten geprägt durch die Diskussionen zu einem notwendigen Personalabbau. Dieser wurde in Teilen auch umgesetzt. Im Inland wurden insgesamt vier Stellen eingespart.



FÖRDERUNG VON ZUKUNFT

Stipendienmittel 2014

„Die Begabtenförderung erhielt 2014 etwas über 7,9 Mio. € für die Förderung von deutschen und ausländischen Studierenden und Promovierenden. Insgesamt wurden 1031 Stipendiaten mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (7.125.675 €) und des Auswärtigen Amtes (827.000 €) gefördert.“

ANZAHL DER STIPENDIATEN



GESAMT: 1031

MITTEL



GESAMT: 7,9

Angaben in Millionen Euro

Die Stiftung in Zahlen

DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

AKTIVA	€	€
	Stand am	Stand am
	31.12.2013	31.12.2012
Anlagevermögen		
· Immaterielle Vermögensgegenstände	416.322,00	302.798,00
· Sachanlagen	14.919.496,90	15.539.679,90
· Finanzanlagen	1.076.714,54	1.034.166,05
Gesamt	16.412.533,44	16.876.643,95

Umlaufvermögen		
· Vorräte	24.200,00	20.100,00
· Vermögensgegenstände	827.144,72	715.146,87
· Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.194.851,97	2.831.423,03
Gesamt	4.046.196,69	3.566.669,90
Rechnungsabgrenzungsposten	30.012,80	35.953,90
GESAMT	20.488.742,93	20.479.267,75

AUFWENDUNGEN	€	€
	2013	2012
Satzungsgemäße Tätigkeit, Projektaufwendungen	35.089.445,04	34.377.160,05
Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter	9.263.532,63	8.786.060,69
Sachaufwendungen	5.366.525,72	4.957.716,34
Sonstige Aufwendungen	891.563,91	438.678,29
Außerordentliche Ausgaben und Aufwendungen	1.040,00	31.173,09
AUFWENDUNGEN GESAMT	50.612.107,30	48.590.788,46

Jahresfehlbetrag	-208.329,27	-198.244,70
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	9.228.119,95	9.428.276,67
Einstellung in den Posten Umschichtungsergebnisse	6.169,95	0,00
Zuführung zur sonstigen Rücklage	-1.552,73	-1.912,02
ERGEBNISVORTRAG	9.024.407,90	9.228.119,95

PASSIVA	€	€
	Stand am	Stand am
	31.12.2013	31.12.2012
Eigenkapital		
· Stiftungskapital	162.000,00	153.590,55
· Rücklagen	5.159,61	10.016,33
· Umschichtungsergebnisse	-6.169,95	0,00
· Ergebnisvortrag	9.024.407,90	9.228.119,95
Gesamt	9.185.397,56	9.391.726,83

Dem unter dem im Eigenkapital ausgewiesenen Posten Ergebnisvortrag stehen mögliche Wertausgleichsverpflichtungen, insbesondere nach den Besonderen Bewirtschaftungsgrundsätzen des Bundes, gegenüber. Die möglichen Wertausgleichsverpflichtungen sind durch entsprechende Grundschriften in Höhe von TEUR 13.410 besichert. Die Höhe der Wertausgleichsverpflichtungen kann nicht beziffert werden, da diese nicht feststehen.

Sonderposten für Investitionszuschüsse		
zum Anlagevermögen	3.549.653,00	3.724.241,00
Rückstellungen	2.939.400,00	2.447.300,00
Verbindlichkeiten	4.398.805,25	4.616.916,00
Rechnungsabgrenzungsposten	415.487,12	299.083,92
GESAMT	20.488.742,93	20.479.267,75

ERTRÄGE	€	€
	2013	2012
Gesamt Zuschüsse	48.956.275,06	47.105.870,33
Einnahmen aus Spenden	63.015,84	32.414,90
Teilnehmerbeiträge	481.054,70	484.366,79
Sonstige Einnahmen u. Erträge	1.088.360,14	1.074.008,80
Außerordentliche Einnahmen und Erträge	243.264,10	632.704,61
Einstellungen in den Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	-428.191,81	-936.821,67
ERTRÄGE GESAMT	50.403.778,03	48.392.543,76

Gemäß der Empfehlung der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 wurde der Jahresabschluss 2013 nebst ergänzenden Angaben am 7.01.2015 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

GESAMTÜBERSICHT ALLER IM HAUSHALTSJAHR 2015 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND VORAUSSICHTLICHEN AUSGABEN

I. EINNAHMEN

€

1. Zuwendungen und Zuschüsse

Zuwendungen der Bundesministerien	50.085.075,00
Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	966.801,00
Sonstige Zuwendungsgeber	464.157,00

2. Spenden

19.000,00

3. Teilnehmergebühren

347.869,00

4. Sonstige Einnahmen

5.245.532,00

GESAMT

57.128.434,00

II. AUSGABEN

€

1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben

Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	-4.273.068,00
Förderung von Studenten und Graduierten	-7.267.675,00
Internationale Zusammenarbeit ¹	-29.165.392,00
Öffentlichkeitsarbeit	-1.770.051,00

2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter

-9.471.000,00

3. Sachaufwendungen

Geschäftsbedarf	-44.495,00
Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden	-1.109.660,00
Übrige Aufwendungen	-3.845.933,00

4. Ausgaben für Investitionen

-181.160,00

GESAMT

-57.128.434,00

III. VORAUSSICHTLICHES JAHRESERGEBNIS

0,00

¹ inkl. unmittelbar zuzurechnender Personalkosten für Auslandsmitarbeiter

DANKSAGUNG AN STIFTER, SPENDER UND SPONSOREN

Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung und das Vertrauen, das Sie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit entgegenbringen, für die Weiterempfehlungen, die so manche Tür geöffnet haben.

Ihre Anregungen und Zuwendungen ermöglichen eine Weiterentwicklung der privaten Finanzierung der Aufgaben unserer Stiftung. Nur die Steigerung dieses privaten Finanzierungsanteils führt zu mehr Unabhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen. Hierzu bieten sich unter anderem zwei Möglichkeiten: Mit einer „Zustiftung“ zum Stiftungskapital tun Sie auf Dauer Gutes. Denn die gesamten aus dem Stiftungskapital einschließlich Ihrer Zustiftung erwirtschafteten Zinsen tragen zeitlich unbefristet und in vollem Umfang zur Finanzierung unserer satzungsgemäßen Aufgaben bei. Eine Spende hingegen wirkt einmalig und unmittelbar zur Aufgabenfinanzierung. Entscheiden Sie selbst, ob Sie als „Stifter“ oder als „Spender“ die Stiftung für die Freiheit unterstützen wollen, um Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. In beiden Fällen erhalten Sie von uns eine steuerlich absetzbare Bestätigung. Über weitere Einzelheiten beraten wir Sie gern.



www.spenden.freiheit.org

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg
fon: +49 (3 31) 70 19-2 76
fax: +49 (3 31) 70 19-2 86
info@freiheit.org

Verantwortlich

Thomas Volkmann
Leiter Presse und Kommunikation

Redaktion

Susanne Bühler
Marketing
Ruth Holzknecht
Öffentlichkeitsarbeit

Koordination

Martina Schäfer
COMDOK GmbH

Konzeptionelle Beratung

Helmut Vandenberg
Büro für Kommunikation
und Werbung

Gestaltung

eckedesign

Druck

ESM

Bildnachweis

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

außer

Seite 4/5: misterQM / www.photocase.com
Seite 16/17: sör alex / www.photocase.com
Seite 24: Karikaturen / Universitätsbibliothek Heidelberg
Seite 26/27: Robert Kneschke / www.fotolia.com
Seite 28: Bleu! / www.photocase.com
Seite 36/37: blindguard / www.photocase.com
Seite 46/47: morningside / www.photocase.com
Seite 56/57: LuminaStock / www.thinkstockphotos.com
Seite 68/69: aerogondo / www.fotolia.com
Seite 76/77: Dirk Hinz / www.photocase.com
Seite 84/85: vege / www.fotolia.com



